

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Schriftleitung:  
Eric Wirsinghaus, Berlin.  
Verantwortlicher: Hans Döberitz 4190/4190



Anschrift für Briefe und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Döberitz-Allee 6  
Telefon: 6666

Die Darstellung erfolgt im Selbstverlag.  
Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Zusicherungen geschützt. Nachdruck ist ohne  
die beim Copyright, wenn nicht anders besprochen ist, untersagt für alle Teile & Teile.

Berlin, den 20. Jan. 1933.

Sie kneifen weiter...

Nazi-Flucht vor der Verantwortung.

Int. Institut  
Soc. Geschiedenis  
Amsterdam

SPD. Der Ältestenrat des Reichstags beschloss am Freitag nachmittag, den Reichstag zu Dienstag, den 31. Januar einzuberufen.

"Wir sind entschlossen jeden Kampf zu wagen", so drohte am Freitagmorgen Goebbels der Regierung Schleicher.

Am Abend des Freitag aber stellten Frick und Goebbels im Ältestenrat den Antrag, den Zusammentritt des Reichstags auf unbestimmte Zeit zu verschieben. So schnell ist ihre Kampfesbereitschaft durch Verständigungssucht ersetzt worden. Als sie mit ihrem Antrag allein blieben, stimmten sie einem Zentrumsantrag zu, dass der Reichstag erst am 31. Januar zusammentreten sollte. Aber auch für diese Sitzung soll erst am 27. Januar in einer neuen Tagung des Ältestenrats die Tagesordnung festgesetzt werden. Beide Beschlüsse wurden gegen den Widerstand von Sozialdemokraten und Kommunisten gefasst.

Klänglich war die Begründung, die Nazi-Frick für den schmachvollen Unfall der Nazis gefunden hatte. Er sagte nicht etwa, man wolle noch Zeit haben für die Verhandlungen mit der Regierung oder anderen Parteien. Dazu hätte politischer Mut oder Ueberzeugungstreue gehört. Der Reichstag müsse in erster Linie den Haushaltsplan beraten, so meinte dieser angebliche Gegner des Parlaments. Ihn störte auch nicht, dass die Regierung noch nicht einmal die Beratung des Etats begonnen hat, seine Vorlegung an den Reichstag also erst in vielen Monaten möglich ist. Dass in der vorigen Sitzung des Ältestenrats die Nazis die sofortige Abstimmung über einen Misstrauensantrag gegen die Regierung Schleicher gefordert hatten, war ihm ebenfalls zwar unbequem, aber gleichgültig. Die Nazis brauchten ja nur einen Vorwand, um sich vor einer ihnen unbequemen politischen Entscheidung zu drücken und die Stellungnahme zur Regierung Schleicher zu vermeiden.

Welche politischen Absichten mit der neuen Vertagung des Reichstags verbunden sind, war aus den Erklärungen der Deutschnationalen und der Reichsregierung deutlich zu entnehmen. Staatssekretär Planck gab die Erklärung ab, eine längere Vertagung des Reichstags sei für die Regierung nur erträglich, wenn sie mit einer Klärung der politischen Lage verbunden sei. Und wenn der Sprecher der Deutschnationalen, Abg. Oberföhrer, meinte, der Krisenmacher der letzten acht Tage müsse bald ein Ende bereitet werden, aber ob das im Reichstag zu geschehen habe, sei eine andere Frage, so liess auch das erkennen, dass man die bereits eingeleiteten Verhandlungen mit den Nazis nicht vorzeitig aufheben oder gar stören wolle.

Das hinterlistige Verhalten der Nazis, die in der Dunkelkammer des Ältestenrats das Gegenteil von dem tun, was sie draussen in der Öffentlichkeit

mit tausend Eiden beschwören, wäre aber nicht erfolgreich gewesen, wenn es nicht Unterstützung durch das Zentrum gefunden hätte. Der Abgeordnete Bell, der in der Ältestenratssitzung vom 4. Januar den 24. Januar als endgültigen Termin für den Zusammentritt des Reichstags vorschlug, stellte am Freitag den Antrag, den Zusammentritt bis zum 31. Januar hinauszuschieben. Das Zentrum hat also, um die Nazis vor der gefürchteten Auflösung des Reichstags zu bewahren, die Hand geboten zu einer Weiterführung des Intrigenspiels mächtiger Kräfte, das seit Wochen das politische Leben vergiftet und die Nazis vor Abrechnung schützt.

Auch nach dem Beschluss des Ältestenrats bleibt die politische Zukunft ungewiss und ungeklärt. Es besteht nicht nur keine Sicherheit, dass der Reichstag am 31. Januar zusammentritt, sondern die grosse Wahrscheinlichkeit, dass sich in einer Woche neuerdings die Mehrheit, gebildet aus Nazis und bürgerlichen Parteien, wieder zusammenfindet, um eine neue Vertagung des ihnen unbequemen Reichstags zu beschliessen. Die Nazis sind auf dem besten Wege, endgültig ihren Frieden zu machen mit den übrigen bürgerlichen Parteien. Ob das mit Herrn Schleicher oder gegen ihn, ob mit Herrn Papen oder ohne ihn und mit einem anderen Reaktionär geschieht, darüber sind sich die Herrschaften einstweilen noch nicht einig.

Das ist der Streit, über den in der nächsten Woche eine Lösung gefunden werden soll. Selbstverständlich auf Kosten des werktätigen Volkes, das den Verrat der Nazis zu bezahlen haben wird.

-----  
SPD. Schwerin, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

In der mecklenburgischen Stadt Sternberg haben die beiden Stadträte gegen den neugewählten Nazibürgermeister v. Wolff die passive Resistenz erklärt.

Als v. Wolff vor einigen Tagen sein Amt antreten wollte, lehnten sowohl der sozialdemokratische als auch der bürgerliche Stadtrat jedes Zusammenarbeiten mit dem neuen Bürgermeister ab. Wolff liess sich jetzt von der nationalsozialistischen Landesregierung als kommissarischen Bürgermeister der Stadt Sternberg einsetzen. Mit einer Vollmachtsurkunde der Regierung erschien Wolff nunmehr auf dem Rathaus und verlangte sofort eine Ratssitzung. Ohne Erfolg. Daraufhin schickte der boykottierte Bürgermeister die beiden Stadträte auf Urlaub. Auch diese Massnahme erkannten die beiden Stadträte nicht an. Nunmehr bewaffnete sich der Nazibürgermeister mit zwei Gendarmeriekommissaren, die die beiden Stadträte an der Weiterarbeit nach der Methode Papen-Bracht hinderten.

-----  
SPD. Koblenz, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Dem Nazigauleiter Simon aus Koblenz ist von der sozialdemokratischen "Rheinischen Zeitung" die Verleitung zum Meineid nachgewiesen worden. Der Meineid ist von einem SA-Mann zugunsten des Gauleiters geleistet worden.

Simon hat bei der von den Koblenzer Nazis im Jahre 1932 veranstalteten germanischen Sonnenwendfeier die Festrede gehalten und die Erneuerung Deutschlands durch germanische Zucht, Sitte und Keuschheit gepredigt. Gleich darauf schlug er sich mit einer Nazi- und Germanenjungfer in die Büsche. Der Vater des Mädchens wollte sich diese Aufnordung seiner jungen Tochter nicht gefallen lassen, aber Simon, der Gefahr bewusst, drehte den Spiess um und verklagte den Vater wegen Beleidigung. Der Dreh gelang und das Gericht verurteilte den Beklagten. Die "Rheinische Zeitung" ist jetzt in den Besitz eines faksimilierten Briefs der 5. SS-Standarte-Brühl gelangt, aus dem hervorgeht, dass der Gauleiter und Kläger Simon seinen og. Krämer für einen Meineid gegen den Vater des Mädchens gedungen hat und ihm dafür eine monatliche Geldunterstützung zukommen lässt.

-----

SPD. Die Sozialdemokratie hat in ihrem Kampfe für die Wiederherstellung der sozialen Leistungen auf den früheren Stand wieder einen wichtigen Erfolg errungen. Im Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstags wurde am Freitag ein sozialdemokratischer Antrag angenommen, wonach die durch Notverordnung den Kranken auferlegte Krankenschein- und Rezeptgebühr aufgehoben werden soll. Staatssekretär Grieser vom Reichsarbeitsministerium behauptete allerdings, dass die Zeit für die Aufhebung dieser Sonderbelastung noch nicht gekommen sei. Die Vollversammlung des Reichstags wird also durch Bestätigung des Ausschussbeschlusses dafür sorgen müssen, dass die ungerechte Belastung der Versicherten so schnell wie möglich beseitigt wird.

Der Ausschuss stimmte ferner einem anderen sozialdemokratischen Antrag zu, wonach die Vorschriften der Notverordnung aufgehoben werden, die die Gewährung von Mehrleistungen durch die Krankenkassen unterbindet. Mit Unterstützung der Sozialdemokraten wurde dann ein kommunistischer Antrag angenommen, der die Verbesserungen der Juli-Notverordnung vom Jahre 1930 erhalten wissen will. Dieser Antrag war insofern bemerkenswert, als die Kommunisten damals die ganze Notverordnung aufheben wollten, während die Sozialdemokratie die darin enthaltenen Verbesserungen anerkannte und durch Verhandlungen mit der Regierung noch weitere Zugeständnisse erzielte. Die damalige Haltung der Sozialdemokratie ist also jetzt durch die Kommunisten anerkannt worden.

Nationalsozialisten und Deutschnationale benutzten die Gelegenheit, um die Angriffe des Unternehmertums gegen die eigenen Betriebe der Krankenkassen und gegen die Kassenverwaltungen zu wiederholen. Ihre arbeiterfeindliche Einstellung kam noch einmal zum Ausdruck, als die Sozialdemokraten nachher die Beratung der von ihnen eingebrachten Anträge zugunsten der Arbeitsinvaliden forderten. Die bürgerliche Mehrheit wollte davon nichts wissen. Sie stimmte dem Vorschlag des Ausschussvorsitzenden Dr. Brauns zu, dass zuerst die eingelaufenen Petitionen verhandelt werden sollten.

-----

SPD. Dessau, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Zersetzung der Nationalsozialistischen Partei und ihre finanziellen Schwierigkeiten, die aus allen Teilen des Reiches gemeldet werden, zeigen sich jetzt auch in Anhalt.

Kürzlich wurde der Gauleiter für Magdeburg-Anhalt, der Dessauer Bürgermeister Hofmann, plötzlich abgesetzt und durch den früheren Gauleiter Reichstagsabgeordneten Löper abgelöst. Dieser Personalwechsel hat jetzt zu neuen heftigen Auseinandersetzungen innerhalb der NSDAP geführt, die nach berühmtem Muster durch Tötlichkeiten ausgetragen werden.

In Dessau haben die Nazis vor nicht allzu langer Zeit ein Hitlerhaus auf dem Grundstück eines früheren Gasthofes eingeweiht, dessen Räume sie restlos für ihre Partei gemietet hatten. Diese Lokalitäten mussten sie infolge grosser Mietrückstände wieder räumen. Gleichzeitig haben sie ein Büro für den Gruppenführer Mitte aufgegeben, sodass auch nach aussen hin die Verkleinerung der Partei und ihrer Einrichtungen erkennbar wird.

-----

SPD. Stuttgart, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Ueber die bei den Stuttgarter Nationalsozialisten bestehenden Verhältnisse macht die sozialdemokratische "Schwäbische Tagwacht" Mitteilungen, die auf den baldigen Ausbruch eines ähnlichen Skandals schliessen lassen, wie er in Nürnberg zu Tage trat.

Zwischen dem in der Goethestrasse gelegenen Haus und dem SA-Heim in der Urbanstrasse besteht ein scharf zugespitztes gegensätzliches Verhältnis,

aus dem heraus schon wiederholt Meutereien und Schlägereien in den Sturmlokalen entstanden sind. Die Herren vom Braunen Haus schikanieren die SA-Leute und bedienen sich besonders des im SA-Heime tätigen Kochs. Dadurch ist bei den SA-Leuten ein Hass gegen das Braune Haus entstanden, der sich schon in Drohungen entladen hat wie: "Wenn es einmal losgeht, dann kommen zuerst die Herren vom Braunen Haus dran!" Die SA-Leute beschwerten sich auch darüber, dass Gelder, die für das Heim und für die Arbeitslosen gesammelt wurden, diesen Zwecken nicht zugeführt worden sind.

Hinzu kommen Beschwerden über die Verhältnisse im Heim selbst. Nicht nur, dass auch hier der Homosexualismus sich in widerwärtiger Weise breit macht, sondern vor allem müssen die Arbeitslosen im SA-Heim geradezu Hunger leiden. Hat doch die Geldklemme schon einmal dazu geführt, dass dem Braunen Haus wegen Nichtbezahlung der Elektrizitätsrechnung das Licht gesperrt worden ist. Infolge dieser Elendsverhältnisse ist der Kameradendiebstahl keine Seltenheit. Das schlimmste aber sollen die Zustände in der Küche sein, aus der die wertvollsten Spenden "ins Unbekannte" verschwinden. Dabei kauft die Küche nicht etwa bei den Spendern aus den Kreisen des Einzelhandels ein, sondern in den "jüdischen Warenhäusern", berechnet aber werden die höheren Preise des Einzelhandels.

-----

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstags hat die Sozialdemokratie zum Schutze der durch das Sicherungsverfahren in der Osthilfe gefährdeten Landarbeiter folgenden Antrag eingebracht:

"Der Ausschuss wolle beschliessen: die Reichsregierung zu ersuchen, zur Sicherung der rückständigen Lohnansprüche der Arbeitnehmer, die durch die Osthilfe und sonstige Massnahmen zugunsten der landwirtschaftlichen Arbeitgeber in verstärkter Masse, besonders im Osten Deutschlands eingetreten sind, mit aller Beschleunigung zu veranlassen, dass diese Lohnansprüche, die auf Grund der Sicherungsverordnung vom 17. November 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 675) und der Verordnung über landwirtschaftliche Vermittlungsverfahren, Vollstreckungsschutz und Pächterschutz vom 27. September 1932 (Reichsgesetzbl. I S. 473) nicht beigetrieben werden konnten oder können, das Vorrecht im Konkursfalle auf die Zeitgrenze des § 61 Ziffer 1 der Konkursicherung gesichert wird."

-----

SPD. Cottbus, 20. Januar (Eig. Drahtb)  
Die Gemeinde Drebkau (Niederlausitz) ist durch die Betrugs- und Korruptionswirtschaft ihres deutschnationalen Bürgermeisters sowie des Gemeindevorstehers um hunderttausend Mark geschädigt worden. Wenn keine staatliche Hilfe kommt, bleiben die Wohlfahrtserwerbslosen bis auf weiteres ohne Unterstützung.

Der schwarz-weiss-rote Dorfpasscha, ein Sozialistenfresser, ist inzwischen seines Amtes enthoben worden. Das Revisionsamt hat festgestellt, dass die Gemeinde durch gewissenlose Verwirtschaftung, Fälschung, Betrug und Unterschlagung in die Finanzkatastrophe gebracht worden ist.

-----

SPD. Saarbrücken, 20. Jan. (Eig. Drahtb)  
Im Zusammenhang mit der Devisenschiebung des Prinzen Isenburg zugunsten der Nationalsozialisten über eine französische Bank in Saarbrücken macht die sozialdemokratische "Volksstimme" in Saarbrücken auf einen interessanten Zusammenhang aufmerksam, der Hitlers Saarpolitik berührt.

Die schwarzweissroten und blauweissroten Schwerindustriellen können sich auch in der Saarfrage auf Hitler verlassen. Sie erstreben gemeinsam die Internationalisierung und Privatisierung des staatlichen Kohlenbergbaues an der Saar und die Eroberung der selbständigen Veredelungswirtschaft auf Saarkohlenbasis. Der Wirtschaftssachverständige der Saar-Nazis hat kürzlich als eine Art Liebes- und Gegendienst Hitlers an die schwerindustriellen Saarwünsche, einer hochgestellten politischen Persönlichkeit des Rheinlandes, die führend an den Berliner Saarverhandlungen des Jahres 1930 teilgenommen hat, mitgeteilt, dass die Saar-Nationalsozialisten bereit seien, einem Aktienverkauf der auf Saarkohlenbasis errichteten und selbständigen Vereinigten Saar-Elektrizitäts-Aktiengesellschaft, an der auch der preussische Staat über die Preag beteiligt ist, an die rheinisch-westfälische Schwerindustrie über das RWE zuzustimmen. Von da aus bis zur Uebergabe auch der Kohlenvorkommen und Gruben in die Hand der Schwerindustrie ist nur ein Schritt, da eine Rentabilität des Saarbergbaues ohne entsprechende Kohlenveredelungswirtschaft ganz unmöglich ist. Die von dem nationalsozialistischen Wirtschaftsreferenten erwähnte Majorität für die nationalsozialistische Stellungnahme im deutschen Saargebiet existiert allerdings nur in der Phantasie dieser Nazileuchte.

In Wirklichkeit besteht die Saar zu ziemlich 90 % aus Arbeitern, Angestellten und kleinen Leuten, die mit Zähnen und Klauen und mit hundertprozentiger Berufung auf ihr Selbstbestimmungsrecht nach wie vor alle nationalen und internationalen Privatisierungstendenzen aufs schärfste zu bekämpfen entschlossen sind.

-----

SPD. London, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Eine Nachwahl zum englischen Unterhaus bestätigte wiederum den politischen Stimmungsumschwung in England. Die Konservativen hatten ein Mandat in Liverpool zu verteidigen. Sie retteten es mit 15 198 Stimmen gegen rund 20 000 im Jahre 1931. Die Stimmziffer des Kandidaten der Arbeiterpartei stieg von rund 10 000 auf 12 412.

-----

SPD. München, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Der schwere Konflikt zwischen der fränkischen SA und Hitler ist in ein neues Stadium getreten. Der abgesetzte Gruppenführer von Franken, Reich tagsabgeordneter Stegmann, hat seine am letzten Sonntag Hitler persönlich abgegebene Unterwerfungserklärung zurückgezogen und ist mit dem unter seiner Führung gebildeten "Freikorps Franken" aus der Nazi-partei ausgetreten. Diesem Beispiel der SA ist bereits eine grosse Anzahl der zivilen Ortsgruppen gefolgt andere haben die Weiterzahlung der Beiträge gesperrt, sodass durch diese Massenaktion die ganze Hitlerei Frankens in voller Auflösung begriffen ist.

Den unmittelbaren Anlass zu diesem vollkommenen Bruch bildet das Vorgehen der von Hitler als Gauleitung in Nürnberg gehaltenen Streicher-Klique, die trotz der persönlichen Unterwerfungserklärung Stegmanns die ihm treu gebliebenen SA durch Parteibefehl aus der Bewegung ausschloss. Telegraphische Verhandlungen mit Hitler blieben ergebnislos. Selbst die Zusage, dass der Osaf am kommenden Sonntag zu Verhandlungen nach Nürnberg kommen werde, vermochte die masslose Erbitterung der Prätorianergarde nicht mehr zu dämpfen. Der Beschluss zum letzten Kampfmittel "gegen das gewinnsüchtige Bonzentum der mittel fränkischen Gauleitung" wurde in einer Sitzung sämtlicher Unterführer der fränkischen SA gefasst, nachdem Hitler die telegraphische Aufforderung, das Unrecht an Stegmann wiedergutzumachen, brüsk abgelehnt hatte. Die Solidarität

der SA, die angeblich von der SS Frankens mit wohlwollender Anteilnahme verfolgt wird, bewog schliesslich Stegmann doch, offen als Rebell gegen die Partei an die Spitze des "Freikorps Franken" zu treten, das finanziell von zahlreichen Ortsgruppen gestützt wird.

-----

SPD. Die Debatte im Haushaltsausschuss des Reichstags über die Missbräuche der Osthilfe begann am Freitag mit der Kapitulation des Ernährungsministers von Braun.

Im Gegensatz zu seiner Haltung am Vortage erklärte der Minister, die Regierung sei bereit, im Ausschuss jede gewünschte Auskunft über die Durchführung der Osthilfe zu geben, allerdings möchte sie die Auskunft über Einzelfälle vertraulich behandelt wissen. Wie wenig Wert jedoch trotzdem dieser Regierungserklärung beizumessen ist, ging am besten daraus hervor, dass weder der Minister noch seine Mitarbeiter sich veranlasst sahen, in der ausgedehnten Sitzung zu den speziellen Vorwürfen über Missbräuche Stellung zu nehmen, die von dem sozialdemokratischen und dem Zentrumsredner vorgebracht worden waren.

Welchen Umfang und welche Kosten die Osthilfe verursacht, und mit welchem ungeheueren Personalaufwand das verbunden ist, zeigten Angaben der Reichsregierung. Im Entschuldungsverfahren befinden sich insgesamt 72 531 Betriebe, von denen bisher nur 12 470 entschuldet worden sind. Der voraussichtliche Finanzbedarf für die noch nicht umgeschuldeten Betriebe wird auf 600 Millionen geschätzt. Der Reichskommissar und die Landstellen beschäftigen insgesamt 820 Personen, die Bank für Industrieobligationen ausserdem 800. Die Zahl der ausserdem noch beschäftigten Treuhänder wurde auf mindestens 8000-9000 angegeben. Nach den eigenen Angaben des Ministers arbeite in der Osthilfe also "eine gute feldmarschmässige Division". So sieht eine Verwaltung aus, wenn sie unter der Herrschaft der Junker und zum Nutzen der Junker arbeitet. Da ist von Sparsamkeit keine Rede. Der Minister musste auch zugeben, dass bei dem Heer der Treuhänder die geleistete Arbeit nicht in allen Fällen mit der Höhe der Kosten im richtigen Verhältnis stehe und dass es dringend notwendig sei, die überhöhten Gehälter abzubauen.

Um die Reichsregierung zu zwingen, einwandfreie und kontrollierbare Angaben über die persönlichen Verhältnisse der unter der Osthilfe stehenden Junker zu machen, hat die Sozialdemokratie einen weiteren Antrag gestellt. Er verlangt, dass dem Haushaltsausschuss umgehend eine Uebersicht geliefert werde über alle bis zum 31. Dezember 1932 in der Osthilfe vorhandenen 722 Entschuldeten innerhalb der Betriebsgrössenklassen von 100 bis 500 ha und über 500 ha. In diesen Uebersichten sind anzugeben die Schulden, das Vermögen und der Viehbestand bei der Einleitung des Sicherungsverfahrens. Ueber die Verhältnisse während des Sicherungsverfahrens sollen Angaben geliefert werden über die Privateinnahmen der Entschuldeten, auch durch Kredite und sonstige Zuschüsse aus den Betriebssicherungsfonds. Es wird auch gefragt nach den Zuwendungen an Verwandte, an Gläubiger usw.

Bezeichnend ist im Ausschuss die Haltung der Nazis. Bisher haben sie für das skandalöse Treiben mit der nutzlosen Verschwendung von Millionen an die Junker kein Wort der Kritik gehabt. Ihr Redner, der Abg. Sybel, im Hauptberuf lebenslänglich angestellter Direktor des Reichslandbundes und Bezieher eines Grosseinkommens, hat im Gegenteil alles zu beschönigen versucht, ihm ist die Hilfe für bankrotte Junker aus Reichsmitteln noch nicht gross genug!!!

-----



SPD. Die Verhandlungen zwischen Hitler und Hugenberg über die Erneuerung der Harzburger Front sind ergebnislos abgebrochen worden. Die Herren konnten sich über die Verteilung des Fells des Bären nicht einigen, vor allem nicht über die Forderung Hitlers, dass die SA in die staatliche Organisation eingebaut werden solle.

-----

SPD. Paris, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

Die radikalen und sozialistischen Mitglieder der Finanzkommission einigten sich am Freitag in einer besonderen Sitzung dahin, dass die Militärausgaben um eine Milliarde Francs herabgesetzt werden sollen. Nach der Regierungsvorlage soll die Herabsetzung 638 Millionen Francs betragen. Die Zahlungen der Kriegspensionen soll nach den Beschlüssen der Sondertagung der autonomen Tilgungskasse übertragen werden, was für das Budget eine Entlastung von zwei Milliarden bedeuten würde. Ferner sollen scharfe Massnahmen gegen den Steuerbetrug ergriffen werden. Man erwartet dadurch Mehreinnahmen von 2,5 Milliarden Francs. Alle diese Bestimmungen sind dem sozialistischen Gegenentwurf entnommen. Dagegen haben die Radikalen die von den Sozialisten verlangte Verstaatlichung der Versicherungsgesellschaften abgelehnt. Statt dessen soll eventuell ein Petroleum-Einfuhrmonopol vorgeschlagen werden.

Die Vereinbarungen zwischen Radikalen und Sozialisten bildeten am Freitag nachmittag die Grundlagen der Beratungen der Finanzkommission.

-----

SPD. Paris, 20. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Kammer begann am Freitag-Nachmittag die Interpellationsdebatte über die Brände auf dem "George Philippar" und der "Atlantique".

Der erste Interpellant, der radikale Abgeordnete Richard, erklärte, man habe auf den modernen französischen Schiffen den Sicherheitsfaktor zugunsten des Luxus vernachlässigt. Der fraktionslose Abgeordnete Besson suchte aufgrund eigener Feststellungen auf dem Wrack der "Atlantique" und aufgrund der Zeugenaussagen über den Brand auf dem "George Philippar" zu beweisen, dass Kurzschluss als Ursache für die beiden Brände nicht in Frage komme, sondern dass entgegen den Ansichten der Untersuchungskommission Brandstiftung vorliege.

Die Debatte wird am nächsten Freitag fortgesetzt.

-----

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Sonnabend-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.



## Verräter am Volk.

### Die Errichtung des "kommunistischen Freistaats" in Spanien.

SPD. Valencia, 18. Januar (Eig. Bericht)

Mit Hilfe der gut eingefädelten Propaganda der republikfeindlichen Rechten hat in einigen Provinzen Spaniens die anarchistische "soziale Revolution" ihren Weg zu nehmen versucht. "Es gibt keine Freiheit! - Nieder mit dem Staat! Keinen Augenblick länger darf die Arbeiterschaft die heutige Tyrannenherrschaft ertragen! - Es lebe der Kommunistische Freistaat, nur er bietet Ausweg und Rettung aus der Not!" So lauten die Schlagworte.

Ein wahrer Regen von Flugblättern der syndikalistischen und anarchistischen Gewerkschaften ergießt sich über Stadt und Land. Konkrete Dinge wie; die nach der Errichtung des neuen Staates einzuschlagende Taktik, werden beraten. Anscheinend aber ohne Resultat, denn die Taktik, die vorgeschlagen wird, ist immer noch eine durchaus vorbereitende: "Gegen Kirche und Herrn" lautet sie. Was bis jetzt geschieht, geschehen ist, lässt von diesem Weg aber auch nicht das Geringste erkennen. Bisher richtete sich der gesamte Kampf nur gegen die Republik. Weder Kirche noch Bürgertum sind angegriffen worden. Zwar wurden in einigen Kirchen angeblich Bomben gefunden, aber es scheint, nicht die Anarchisten haben sie hingelegt, sondern die Kirchendiener selbst. Auch kein "Herr" braucht sich über Angriffe zu beklagen. In der Stadt Valencia ist einzig eine Bombe im Gebäude der Rechtszeitung zur Explosion gelangt, Erfolg: Ein Toter, ein Zeitungsverkäufer.

Terror säen; Panikstimmung in der Bevölkerung verbreiten; Bombenattentate auf die Schutztruppe der Republik, die Guardias de Asalto; Angriffe gegen die Regierung, eine Regierung, die Arbeiterpolitik und nicht Herrenpolitik treibt - das ist die langgeübte und guterprobte Taktik der Anarchisten. So geben sie den "Herren" die Möglichkeit zu sagen: "Seht ihr, wie recht wir hatten - da habt ihr eure Republik! Nichts als Unruhe und - Elend! - der Erfolg..." An den verschiedensten Punkten der Provinz Valencia werden Bomben gefunden, Eisenbahnschienen sollen gerade aufgerissen werden, als die Polizei hinzukommt, Sabotage aller Art. Wer sind die Opfer?: 5 Soldaten der republikanische Schutztruppe und ein Arbeiter! - Wer aber gibt die Initiative zu diesen Aktionen, wer organisiert sie? Die Anarchisten? Oder stehen hinter ihnen vielleicht doch die "Herren"?

+

In der Stadt Valencia agieren Terrorgruppen der "Fédération Anarquista Iberica", der FAI, unter ihnen Elemente niedersten Ranges. In den Dörfern aber brechen die Revolten gerade dort aus, wo am wenigsten Grund vorhanden ist; wo keine Arbeitslosigkeit, kein Hunger herrscht, die Löhne sich zwischen 7 und 15 Peseten täglich bewegen! - Revolutionäre? - Von bezahlten Rednern aufgehetzte!... "Die Klöster, die Kirchen müssen brennen, die Schutztruppe muss ausgerottet werden, unsere Söhne dürfen keinen Heeresdienst mehr annehmen!" Das leuchtet alles wunderbar ein und - man versucht, ohne sich der Konsequenzen klar zu werden, danach zu handeln.

So wurde am vergangenen Montag beispielsweise in einem Dorf bei Valencia der "freie kommunistische Staat" ausgerufen: die männlichen Dorfbewohner zogen



mit dem Schlachtruf "jetzt sind wir die Herren!" zum Magistrat, der sich gerade zu einer Sitzung versammelt hatte. Der Bürgermeister versuchte die Menge zu beruhigen und schlug vor, sich zu verständigen. "Wir haben den freien kommunistischen Staat errichtet!" rief es ihm entgegen. "Gut, und was schlägt ihr nun vor, was wollt Ihr?" Schweigen.... dann: "Sie müssen sofort abdanken, weiter wollen wir nichts."

Der Bürgermeister steht von seinem Sessel auf - niemand nimmt ihn ein. Wieder Schweigen. "Gebt die Schlüssel von den Sparkassenschränken heraus!" fordern einige der "Kommunisten". Einer der Beisitzer erhebt sich. "Hier sind die Schlüssel. Aber was wollt Ihr eigentlich mit der Kasse? Da ist doch das Geld aller Dorfleute drin, das gehört doch Euch allen!"

"Recht hat er" die "Revolutionäre" freuen sich, einen so vernünftigen Ratgeber gefunden zu haben. "Lassen wir also die Kasse". - Befriedigt verlassen sie das Bürgermeisteramt, vergessen jedoch nicht, die schwarzrote Fahne aufzupflanzen. Ihres Triumphes voll, begeben sie sich jetzt zum Telegrafenamte. "Wieviel Geld hast Du in der Kasse?" fragen sie den diensttuenden Beamten. "Zähl es". - Nachdem das geschehen ist: "Nimm das Geld für Dich, kannst es ausgeben, wir erlauben es Dir, wir, die Herren! - Aber Du darfst nichts nach draussen telegrafieren von unserem Staat."

Bis zum frühen Morgen währt die freudige Unruhe im Dorfe: Die "Freiheit ist errungen, wir haben uns den kommunistischen Staat erobert".... Dann aber läuft, wie gewöhnlich, im Bahnhof der Frühzug ein. Grosse Bestürzung... "Man hat uns betrogen, man hat uns gesagt, aller Verkehr sei lahmgelegt, überall habe man den kommunistischen Freistaat, unsern Staat, zur gleichen Zeit errichtet" - Und der Traum ist zu Ende. Denn der nächste Zug schon bringt Truppen, die die "Unruhen" zerstreuen, die Führer verhaften sollen. 20 Leute verlassen in Eilmärschen das Dorf, Flüchtlinge.

+  
Analfabetismus - Unwissen. Immer und überall tritt es gerade jetzt zutage, wieviel Schaden sie angerichtet haben. Diese Masse, unwissend, gutgläubig, kindlich, lässt sich die Geschichte von "ihrer Revolution" "ihrem kommunistischen Freistaat" erzählen wie ein Märchen. Und welches Kind glaubte nicht ans Märchen vom Schlaraffenland? -

Viel viel Arbeit ist zu leisten, bis die Märchenerzähler in Spanien unschädlich, das ganze Volk zu einem Volk der Kämpfer für die Freiheit und den sozialistischen Staat erzogen ist!

Jwo.

+ + +  
Haftbefehl gegen Rotters. Gegen die Brüder Rotter, die Leiter der nach ihnen benannten neun Bühnenhäuser umfassenden, jetzt zusammengebrochenen Berliner Theaterkonzerns, wurde auf Grund der Strafanzeige eines ihrer Gläubiger Haftbefehl zur Erzwingung des Offenbarungseides erlassen. Alfred Rotter befindet sich auf einer Auslandsreise, Fritz Rotter ist bisher noch nicht angetroffen worden. Eine von der Theaterpolizei abgegebene Erklärung lässt den Schluss zu, dass den Behörden von der reichlich anfechtbaren Geschäftsführung der Brüder Rotter bisher nichts bekannt gewesen ist. Im übrigen steht die Theaterpolizei auf dem Standpunkt, dass die bei ihr hinterlegten Kauttionen ausreichen, um die Forderungen der Schauspieler wenigstens bis zu 80 % zu befriedigen. Mit der Auszahlung der Kauttionen würden die Konzessionen der Rotters automatisch erlöschen. Auf die Fortsetzung der Pachtung des Metro-pol-Theaters wollen sie jetzt schon freiwillig verzichten.

+ + +  
Grosseinbruch. Einbrecher entwendeten aus einem Seidenwarengeschäft in der Berliner Innenstadt Seide und andere Stoffe im Werte von 40 000 bis 50 000 Mark. Von den Tätern fehlt jede Spur.

+ + +

Ein Sklarek=Nachzügler. Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat gegen den im Zusammenhang mit der Sklarek=Affäre vielfach genannten Direktor Karl Schröder der Berliner Stadtbank Anklage wegen schwerer passiver Bestechung erhoben. Schröder, der bereits vor einem Jahr vom Dienst als Bürodirektor suspendiert wurde, soll in den Jahren 1926 bis 1929 als Leiter der Kreditkontrollabteilung der Berliner Stadtbank seine Amtspflichten aufs grösste ver=letzt haben. Er wird beschuldigt, die von der Firma Sklarek für die Stadt=bankkredite gegebenen Sicherheiten nicht genügend geprüft zu haben. Er soll ebenso wie die beiden im Sklarekprozess bestraften Stadtbankdirektoren Hoffmann und Schmidt von den Sklareks Zuwendungen entgegengenommen haben. Die Ver=zögerung der Anklageerhebung wird u.a. damit erklärt, dass Schröder es bis zuletzt sehr geschickt verstanden habe, seine Manipulationen geheim zu halten.

+ + +

Mount Everest=Expedition. Am Freitag reiste die aus 14 Mitgliedern be=stehende Mount Everest=Expedition unter Führung des Alpinisten Ruttledge nach Bengalen ab. Die Expedition beabsichtigt, Mitte März mit einem Tross von 80 Trägern, zahlreichen Lastochsen, Eseln und Mauleseln den auf fünf Wochen be=rechneten, durch Tibet führenden Marsch nach dem unterhalb des Mount Everest=Gipfels vorgesehenen Lagerplatz anzutreten. Der eigentliche Aufstieg ist für Ende Juni geplant.

+ + +

Unterweltschlacht. Bei einem blutigen Kampf zwischen Hollywooder Mit=gliedern mehrerer Unterweltsvereinigungen wurden der Alkoholschmuggler Harry Meager und einer seiner Komplizen erschossen.

+ + +

Eine Nachtclub=Königin. In London verstarb die in der englischen Gesell=schaft aussergewöhnlich populäre Mrs. Meyrik, genannt "die Königin der Nacht=klubs". Mrs. Meyriks Unternehmen wurden in den letzten Jahren wiederholt von der Polizei geschlossen, jedoch immer wieder unter anderm Namen aufgemacht; "die Königin der Nachtklubs" selbst bekam vom Gericht mehrfach Gefängnis zu=diktieren. Trotzdem gelang es ihr, ihre beiden Töchter an Mitglieder des engli=schen Königshauses zu verheiraten.

+ + +

Gifttod. Zwei Gärtnereiangestellte aus Frankfurt/Oder wurden während ihres Nachtschlafes durch ausströmendes Kohlenoxydgas tödlich vergiftet.

+ + +

Opfer des Bergwerks. Auf einer Sohle der Kohlenzeche "Shamrock II" in Herne (Westfalen) wurde ein Bergarbeiter durch Fließkohle verschüttet und getötet, einer seiner Kollegen schwer verletzt.

+ + +

Tod wie im Film... Eine Potsdamer Postbeamtin, der von einer Fernsprech=teilnehmerin telefonisch der Wortlaut eines Telegramms übermittelt wurde, hör=te plötzlich während des Diktats ein starkes Röcheln ihrer Gesprächspartnerin, dann einen dumpfen Fall. Polizeibeamte eilten daraufhin in die Wohnung der Fernsprechteilnehmerin. Sie fanden sie, mit Kokain vergiftet, tot am Boden lie=gend auf. Es liegt Selbstmord vor. Durch das vom Tod unterbrochene Telefonot wollte die Lebensmüde einer Freundin einen letzten Gruss übermitteln.

+ + +

Die tierische Mutter. In Richtenberg (Pommern) wurde eine Frau, die ihr fünfjähriges Pflegekind mit Faustschlägen und Stockhieben zu Tode misshan=delt hat, verhaftet.



## Schnee im Strafgesetzbuch.

### Glätteis.- Streupflicht - Der böse Schneeball.

SPD. Der schöne, weisse Schnee, mit dem wir, wenn unsere Wetterkundigen recht behalten, in diesen Tagen in reichlichem Masse zu rechnen haben, ist eine willkommene Angelegenheit, wenn man auf ihm mit Skiern zu Tale gleiten kann. Aber dieser schöne, weisse Schnee hat, wenn er auf den Strassen und den Bürgersteigen liegt und über Nacht zu Glätteis wird, noch eine andere Seite, nämlich die Seite im Strafgesetzbuch. Mancher, der darüber nicht hinreichend unterrichtet war, hat das mit Schrecken einsehen müssen.

Bei Schneefall und Glätteis ist darauf zu achten, dass bei Bedarf dauernd nachgestreut wird, sofern sich durch weiteren Schneefall oder Regen neue Einschichten bilden. Sofort nach Aufhören des Schneefalls hat die Beseitigung der Schneeschicht oder das Streuen einzusetzen. Ist der während der Nacht eingetretene Schneefall am frühesten Morgen beendet, dann tritt die Haftung des Verantwortlichen für einen eventuellen Unfall ein, sofern zu Beginn der Verkehrsstunden noch nicht gestreut bzw. die Schneeschicht nicht beseitigt war. Verantwortlich für die Streupflicht ist der Eigentümer des Strasseanliegens oder jene Person, die an Stelle des zunächst verpflichteten Hauseigentümers vertraglich diese Arbeit übernommen hat. Im letzteren Falle ist aber genau zu beachten: Der Streupflichtige darf mit der Ausübung der Streupflicht nur eine zuverlässige und geeignete Person betrauen, ausserdem hat er die betreffende Person in der Ausübung fortlaufend zu überwachen, ob diese Arbeit wirklich sachgemäss erledigt wird. Diese Verpflichtung der Ueberwachung überträgt sich auch auf jene Person, die in Verhinderung des vertraglichen Beauftragten das Streuen bzw. die Beseitigung des Schnees übernommen hat. Die gleiche Verpflichtung wird einer Stadtverwaltung auferlegt, die im Mietvertrag die Pflicht übernommen hat, an Stelle des Reichsfiskus das ordnungsmässige Reinigen und Bestreuen des Bürgersteiges zu besorgen.

Hausbesitzer, die der Streupflicht nicht dem Gesetze entsprechend nachkommen, werden bei Anzeige zu einer Geldstrafe verurteilt. Ist ein Unfall vorgekommen, so tritt nach dem Strafgesetzbuch (§ 230) Geldstrafe bis zu 900 Mark oder Gefängnisstrafe bis zu 2 Jahren ein.

Die Streupflicht der Gemeinden hat sich im allgemeinen nur auf Bürgersteige und Strassenübergänge zu beschränken. Fahrdämme sind nur dann zu bestreuen, wenn landesgesetzliche und polizeiliche Vorschriften ein Streuen vorschreiben. Liegen keine gesetzlichen Vorschriften vor, so kann das Bestreuen des Fahrdammes nur unterbleiben, wenn in angemessenen Abständen für gefahrlose Uebergänge Sorge getragen ist.

Kinder, die durch Schneebälle Menschen verletzen oder eine Sache beschädigen, unterliegen den Paragraphen 828, 829 und 832 des BGB. Wer das siebente Lebensjahr noch nicht vollendet hat, ist für einen Schaden, den er einem anderen zugefügt hat, nicht verantwortlich. Vom 7. bis zum vollendeten 18. Lebensjahre gilt dasselbe, wenn der Täter bei der Begehung der schädigenden Handlung nicht die zur Erkenntnis der Verantwortlichkeit erforderliche Einsicht hat. Bei eigenem Vermögen des Kindes kann jedoch auf begrenzte Schadloshaltung

erkannt werden, wenn keine Versicherung haftet oder der Geschädigte sonst leer ausgehen würde. Im übrigen ist zum Ersatz des Schadens die Person verantwortlich, die gesetzlich oder vertraglich zur Führung der Aufsicht über das Kind verpflichtet ist. Die Ersatzpflicht tritt nicht ein, wenn die betreffende Person ihrer Aufsichtspflicht genügt oder wenn der Schaden auch bei gehöriger Aufsichtsführung entstanden sein würde.

-----

SPD. Die Einzelabschlüsse in der deutschen Handelsbilanz für das Jahr 1932 kennzeichnen die Unsinnigkeit der Zollpläne und der Fettprojekte der gegenwärtigen Reichsregierung. So ist die Einfuhr von Schweinen von rund 80000 Stück im Jahre 1931 auf nicht ganz 24 500 Stück im Jahre 1932 gefallen. Eingeführt sind also im Jahre 1932 nach Deutschland gerade so viel Schweine, wie an zwei Markttagen von über hundert Markttagen im Jahre allein in Berlin aufgetrieben werden. Kein Mensch wird behaupten können, dass diese äusserst gedrückten Einfuhren an Schweinen schuld an den schlechten Schweinepreisen in Deutschland sind. Dagegen ist die Einfuhr von Rindvieh von 91 600 Stück im Jahre 1931 auf 97 350 im Jahre 1932 gestiegen. Die Gründe, die eine Einfuhr von Rindvieh nach Deutschland erzwingen, sind ja reichlich bekannt. Die dänischen Exporteure, die Rinder in Hamburg oder Essen a.d. Ruhr schlachten lassen und verkaufen, verdienen daran keinen roten Pfennig, obwohl die Rindviehpreise in Deutschland weit höher liegen als auf den Auslandsmärkten. Bessere Preise im Ausland würden an sich den Rindviehexport nach Deutschland, der für die Deckung des deutschen Fleischbedarfes kaum Bedeutung hat, unterbinden. Weshalb, so fragen wir, experimentiert die Reichsregierung mit höheren Rindviehzöllen? Mit dem einzigen Erfolg, wichtige Kundenländer Deutschland vor den Kopf zu stossen und unsern Export zu schädigen.

Insgesamt ist die Einfuhr von Fleisch und Speck im Jahre 1932 auf 587 000 Doppelzentner zurückgegangen gegenüber 629 000 Doppelzentnern im vorigen Jahr. Die Einfuhr von Schmalz und Oleomargarin ist dagegen von 897 000 Doppelzentnern im Jahre 1931 auf 1 149 000 Doppelzentner im Jahre 1932 gestiegen. Die Einfuhr von Rinder- und Schaftalg steigerte sich in derselben Zeit von 173 000 dz auf 244 000 dz. Bei der Margarineeinfuhr liegt eine Steigerung von 140 000 dz auf 308 000 dz vor.

Diese Zahlen sind von grösster Bedeutung. So ist z.B. die Buttereinfuhr von 1002000 dz im Jahre 1931 auf 695 000 dz im Jahre 1932 abgesunken. Die Milcheinfuhr ging von 58 000 dz auf etwas über 27 000 dz zurück. Bei Hart- und Weichkäse liegt ein Rückgang von 546 000 dz auf nicht ganz 493 000 dz vor. Was besagen diese Zahlen?

Wenn das billige Auslandsschmalz, wenn Talg und Margarine vermehrt nach Deutschland eingeführt werden, trotz grösster Devisennot und absinkender Kaufkraft der Bevölkerung, dann beweist das nur, dass in Deutschland ein starker Bedarf nach billigem Fett besteht, den die inländische Produktion nicht decken kann. Armut zwingt hier tatsächlich zu Importen. Wäre es anders, dann müsste die Einfuhr von teuren Fetten, von Butter usw. gestiegen sein. Das Umgekehrte ist aber der Fall.

Wenn die deutsche Reichsregierung nun den Schmalzzoll vervielfachen und dadurch den Preis für ausländisches Schmalz verdoppeln will, ist das nichts anderes als ein unverantwortliches Attentat gegen die Ernährung des deutschen Volkes und seinen Gesundheitszustand. Der Landwirtschaft wird auch dadurch nicht geholfen, weil sie garnicht in der Lage ist, die erforderlichen Fettmengen zu Preisen herzustellen, die das deutsche Volk bezahlen kann. Setzen sich die deutsche Regierung und die Landwirtschaft darüber hinweg, dann ist das ihr eigener Schade; denn mit einer weiteren Steigerung der landwirtschaftlichen Preise verliert die Landwirtschaft nur Kunden im Lande.

SPD. Wie das Osthilfesicherungsverfahren dazu missbraucht wird, verschwenderische Landwirte zu schützen und Gläubiger über das Ohr zu hauen, geht aus folgender Zuschrift, die wir aus Schlesien erhalten, hervor:

"In Gusten, Kreis Ohlau, liegt ein 400 Morgen grosses Gut, das von der jetzigen Besitzerin im Erbgang unverschuldet übernommen wurde. Zwecks Zukauf eines anderen Gutes wurde Gusten aber mit Hypotheken überlastet. Beide Güter wurden dann völlig heruntergewirtschaftet, sodass Anfang 1932 auf Antrag eines Gläubigers die Zwangsverwaltung, mit dem Ziel der Versteigerung, angeordnet werden musste. Obwohl feststand, dass die Eigentümerin völlig ungeeignet war, die Güter weiter zu bewirtschaften, gelang es ihr doch, sich unter das Sicherungsverfahren zu stellen. Auf Hinweis des Gläubigers, dass die Osthilfe doch nur für Betriebe gedacht sei, die unverschuldet durch die allgemeine Wirtschaftslage in Not geraten seien, nicht aber für solche Existenzen, die lediglich durch hemmungslosen Leichtsin in Verfall geraten sind, erklärte die Landstelle, dass andere Gutsbesitzer genau so verschuldet seien und sie darum nicht einsehen könne, warum nicht auch die Besitzerin von Gusten den Vorteil des Sicherungsverfahrens erhalten solle.

Diese unverständliche Inschutznahme fauler Schuldner scheint bei der Landstelle Breslau aber üblich zu sein; denn einer der dortigen leitenden Herren erklärte, dass nur die Landwirte die Osthilfe benötigen, die über ihre Verhältnisse gelebt haben. Jetzt ist Gusten im Sicherungsverfahren, und der Gläubiger, mit dessen Mittel die Sanierung des Gutes unter Zwangsverwaltung vorgenommen wurde, kann sehen, wie er zu seinem Gelde kommt.

Ein anderer Fall aus dem Kreise Wohlau zeigt, dass die Gläubiger, wenn sie sich nicht bluffen lassen, auch zu ihrem Gelde kommen können. In dem Sicherungsverfahren des Gutsbesitzers von Pisternick in Oelschen wurden die Gläubiger im Laufe des Verfahrens aufgefordert, von ihren Forderungen 70 % nachzulassen. Als sie das ablehnten, wurde das Sicherungsverfahren im November aufgehoben und von einem Gläubiger sofort Zwangsversteigerungsantrag gestellt. Der Versteigerungstermin wurde auf den 28. Januar 1933 angesetzt. Trotz dieses nahen Termins konnte der Eigentümer sein Gut vor einigen Tagen zum Preise von 41 000 Mark verkaufen, sodass von der ersten Hypothek 50 Prozent und die gesamten nachstehenden Forderungen ausgezahlt werden konnten. Die von der Landstelle festgesetzte Beleihungsgrenze betrug nur wenig über 20 000 Mark. Die Landstelle hatte den Wert des Gutes so niedrig festgesetzt, um einen Druck auf ihre Gläubiger auszuüben, damit diese einen möglichst hohen Nachlass auf ihre Forderungen gewähren.

---

SPD. Das Präsidium des Reichsverbandes der Deutschen Industrie stellt in einer Veröffentlichung fest, dass von der Politik her neue Unruhen in die Wirtschaft getragen würden. Insbesondere bedürfe die Handelspolitik unbedingt einer Beruhigung und stabiler Führung; es zeige sich immer wieder, dass schon die Ankündigung zollpolitischer Massnahmen zu schweren Rückschlägen für die deutsche Ausfuhr und damit für die Arbeitsmarktlage führt.

---

SPD. Unter Einfluss der Krise steigert sich die Säuglingssterblichkeit in Deutschland weiter. Im Freistaat Preussen starben während des 3. Vierteljahrs 11 482 Kinder im Alter unter einem Jahre gegenüber 11 040 im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Damit hat sich die Säuglingssterblichkeit von 6,7 % auf 7,5 % erhöht.

---

## Ungewollte Wirkungen.

(Berliner Getreidebörse vom 20. Januar)

SPD. Die fortwährenden Beteuerungen des Reichslandwirtschaftsministers, dass die Stützungen am Getreidemarkt fortgesetzt würden und keine Ursache vorläge, die Bestände auf den Markt zu werfen, scheinen die Landwirtschaft nur beunruhigt zu haben. Jedenfalls lag auf der Freitagbörse ein derartig starkes Angebot vor, dass die Stützungsstellen schon vorbörslich kaufen mussten. Dem starken Weizenangebot während der Börse traten die Stützungsstellen dadurch entgegen, dass sie die Weizennotierungen etwas niedriger hielten. Auf dieser Basis kaufte auch der Handel einige Partien, während die Mühlen sich weiter zurückhielten. Wahrscheinlich im Zusammenhang mit dieser Entwicklung wurde Weizenmehl billiger offeriert, obwohl am Promptmarkt das Weizenangebot weniger dringend war. Roggen ging zu den alten Notierungen um.

|                             | 19. Jan.                       | 20. Jan.      |
|-----------------------------|--------------------------------|---------------|
|                             | (ab märkische Station in Mark) |               |
| Weizen                      | 184 - 186                      | 184 - 186     |
| Roggen                      | 150 - 152                      | 150 - 152     |
| Braugerste                  | 165 - 175                      | 165 - 175     |
| Futter- und Industrieroggen | 158 - 164                      | 158 - 164     |
| Hafer                       | 111 - 114                      | 111 - 114     |
| Weizenmehl                  | 22,75 - 26,00                  | 22,75 - 26,00 |
| Roggenmehl                  | 19,60 - 21,60                  | 19,60 - 21,60 |
| Weizenkleie                 | 8,75 - 9,00                    | 8,75 - 9,00   |
| Roggenkleie                 | 8,70 - 9,00                    | 8,70 - 9,00   |

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März  $200\frac{1}{2}$  -  $200\frac{1}{2}$  ( $201\frac{1}{4}$ ), Mai  $203$  -  $202\frac{1}{4}$  ( $203\frac{1}{2}$ ), Roggen März  $161$  -  $160\frac{3}{4}$  ( $161$ ), Mai  $163\frac{1}{2}$  -  $162\frac{3}{4}$  ( $163\frac{1}{2}$ ), Hafer März - bis  $121\frac{1}{2}$  ( $121\frac{1}{2}$ ), Mai  $124\frac{1}{2}$  ( $125$ ).

## Berliner Viehmarkt.

(20. Jan.)

SPD. Die starken Preisabflachungen, mit denen sich am Dienstag die Verkäufer infolge eines allzu grossen Angebots abfinden mussten, führten am Freitag zu einer starken Verringerung der Auftriebe. Angeboten waren nicht ganz 7 200 Schweine gegenüber 12 bis 13 000 an den vorletzten Märkten. Da aber der Fleischmarkt gegenwärtig in Berlin sehr schlecht liegt, genügte auch dieses mässige Angebot, sodass die Preise nur vereinzelt anziehen konnten. Dagegen gab es am Rindermarkt in guter Ware, die auch vom Export aufgenommen wurde; glattes Geschäft. Am Kälbermarkt konnten mittlere und geringere Tiere die alten Preise behaupten, während beste Mast- und Saugkälber im Preis nachgaten. Mit Ausnahme der Preise für fleischige Schafe zogen am Hammelmarkt, der eine bessere Beschickung hätte vertragen können, die Preise an.

Notierungen. Schweine: a) über 300 Pfund 37 (35-37), b) 240 - 300 Pfd. 36 - 37 (36), c) 200 - 240 Pfd. 35 - 37 (35-36), d) 160 - 200 Pfd. 33 - 35 (33-34), e) 120 - 160 Pfd. 31 - 32 (31-32), Sauen 33 - 34 (32-34). Kühe: a) 22 - 25 (21-23), b) 18 - 21 (18-20), c) 15 - 17 (15-16), d) 10 - 14 (10-14). Kälber: b) 34 - 40 (35-42), c) 25-35 (25-35), d) 17 - 24 (17-24), Schafe: a) 31 - 33 (31-32), b) 24 - 22 (20-22), c) 27 - 28 (27-28), d) 18 - 26 (16-25).



# Gewerkschaftliche Bündnisse

Rückkehr zur Vernunft?

Zur Neuordnung der Arbeitslosenhilfe.

SPD. Die Frage der Vereinheitlichung der Arbeitslosenhilfe beschäftigt zurzeit das Reichskabinett. Lange Zeit sah es ganz so aus, als ob diese "Vereinheitlichung" nur in einer restlosen Zerstörung der Arbeitslosenversicherung bestehen werde. Die Arbeitslosenversicherung war nur noch eine Fiktion. Man liess diese Fiktion bestehen, weil man die Beiträge zur Versicherung gerne einkassierte. Aus den Beiträgen war allmählich eine kräftig und stetig fliessende schöne Steuerquelle des Staates geworden, und für alles mögliche wurden die aus den Beiträgen stammenden Mittel verwendet, am allerwenigsten aber für die, die die Beiträge zahlten. Tausendmal haben die Gewerkschaften auf diesen unerträglichen Zustand aufmerksam gemacht. Nach der Haltung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags darf man jetzt wohl von den verantwortlichen Stellen eine Rückkehr zur Vernunft erwarten.

Die Beschlüsse des Ausschusses sind eine Rechtfertigung der Arbeitslosenpolitik der Gewerkschaften. Die Hilfsbedürftigkeitsprüfung in der Arbeitslosenhilfe ist im Ausschuss auf Forderung der Sozialdemokraten hin verworfen worden. Diese Hilfsbedürftigkeitsprüfung, die durch die Papenverordnung vom Juni des vergangenen Jahres eingeführt worden war, sollte der Anfang vom Ende der von den Gewerkschaften erkämpften Arbeitslosenversicherung sein. Das Gutachten der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat der Hilfsbedürftigkeitsprüfung den Todesstoss gegeben. An der Spitze der Reichsanstalt stand bisher Dr. Syrup. Er ist jetzt Reichsarbeitsminister. Man darf also wohl annehmen, dass aus den Beschlüssen des Ausschusses bei der Neugestaltung der Arbeitslosenbetreuung nun auch von der Regierung Konsequenzen gezogen werden.

Die Reformpläne der Regierung liegen allem Anschein nach in der durch die Beschlüsse des Sozialpolitischen Ausschusses vorgezeichneten Linie. Die Beseitigung der Hilfsbedürftigkeitsprüfung bedeutet praktisch die Wiederherstellung des Versicherungscharakters der Arbeitslosenversicherung in einem gewissen Umfang. Zweifellos gehen die Pläne des Reichsarbeitsministers dahin, die Dauer der versicherungsmässigen Unterstützung um sechs Wochen, also auf zwölf Wochen zu verlängern. Nach diesen zwölf Wochen würde dann nur noch eine Bedürftigkeitsprüfung und zwar etwa im Sinne der früheren Krisenfürsorge einsetzen. Da die Leistungen in Versicherung und Krisenfürsorge längst einander angepasst wurden, würde diese Neuregelung praktisch auf eine Zusammenlegung von Krisenfürsorge und Arbeitslosenversicherung hinauslaufen. Diese Verbesserung genügt noch nicht. Die finanzielle Lage der Arbeitslosenversicherung gestattet sehr wohl eine Ausdehnung der versicherungsmässigen Unterstützung auf 20 Wochen. Auch müssen die Unterstützungssätze der Versicherung verbessert werden und ebenso muss aus der Versicherung jede Bedürftigkeitsprüfung verschwinden.

Mit der Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung wäre auch das Wohlfahrtserwerbslosenproblem noch nicht gelöst. Die Gemeinden sind ja nur allmählich von ihren wilden Plänen, wonach die gesamte Arbeitslosenbetreuung

den Kommunalverwaltungen ausgeliefert werden sollte, abgekommen. Auch bei ihnen sind Ansätze zu einer Rückkehr zur Vernunft zu beobachten. Sie beanspruchen jetzt nur noch die Betreuung der nicht mehr versicherungsmässig Unterstützten.

Die Gewerkschaften fordern die Schaffung einer Reichsarbeitslosenfürsorge neben der Wiederherstellung einer wirklichen Arbeitslosenversicherung. Die Reichsarbeitslosenfürsorge soll durch eine Zusammenlegung der Krisenfürsorge und der Wohlfahrtserwerbslosenfürsorge erfolgen. Die Gegner dieses Vorschlags befürchten, dass durch ihn die Gemeinden künftig gänzlich aus der Arbeitslosenbetreuung entlassen würden. Das trifft aber nicht zu. Länder und Gemeinden sollen natürlich zur Finanzierung der Reichsarbeitslosenfürsorge beitragen. Für diese Reichsarbeitslosenfürsorge darf es höchstens nur noch eine Bedürftigkeitsprüfung geben. Die Unterstützungssätze müssen einheitlich sein. "Individualisierung" der Fürsorge, wie sie von den Gemeinden befürwortet wird - das Experiment der Hilfsbedürftigkeitsprüfung hat das ja gezeigt bedeutet in der Praxis nur die Schaffung von unerträglichen Härten. Der Vorschlag der Gewerkschaften würde im übrigen auch ein Stück Verwaltungsreform bringen. Im Reichsarbeitsministerium scheint man davon aber nichts zu wissen.

Jedenfalls wird es nun Zeit, dass die Regierung mit ihren Reformplänen herausrückt. In der Arbeitslosenbetreuung müssen endlich klare und erträgliche Verhältnisse geschaffen werden. Das offenkundige Unrecht, das die Papenverordnerei brachte, muss verschwinden.

-----

SPD. Bei den Wahlen für die Ortsverwaltung des Zentralverbandes der Schuhmacher in Kornwestheim, dem Sitz der Salamanderschuhfabriken in Württemberg, haben die Kommunisten eine vernichtende Niederlage erlitten. Trotz eines ungeheuren Aufwands an Flugschriften, trotz einer riesigen Versammlungsarbeit - bei einer Reichstagswahl hätte sie kaum grösser sein können - brachte es die kommunistische Vorschlagsliste nur auf 56 Stimmen gegen 668, die auf die Verbandsvorschlagsliste entfielen.

Ein klägliches Ergebnis für Leute, die sich einbildeten, bei dem neuen Wahlgang die absolute Mehrheit in der Verwaltung zu erringen.

-----

SPD. Die Mehreinstellungsprämie wird vom Unternehmertum benutzt, um mit Hilfe einer Scheinmehrbeschäftigung ein Geschäft zu machen. So meldet der Bergarbeiterverband, dass es jetzt bei einzelnen Grubenverwaltungen plötzlich auch ohne Zwischenunternehmer geht. Man entzieht dem Zwischenunternehmer die Arbeit und führt diese durch Neueinstellungen selbst aus. In der Zechenbelegschaftsliste steigt die Zahl der angelegten Arbeiter, auf der andern Seite aber entlässt man die bei dem Zwischenunternehmer beschäftigten Arbeiter.

"Sehen Sie, das ist ein Geschäft...."

-----

SPD. Die Tagesordnung der Weltwirtschaftskonferenz, die soeben veröffentlicht wird, enthält nach allen durch die Presse gehenden Mitteilungen nicht die internationale öffentliche Arbeitsbeschaffung. Das berührt sehr merkwürdig. Bisher konnte man nach dem ganzen Verlauf der Vorarbeit zur Konferenz bestimmt damit rechnen, dass sie auch zu dem Problem der internationalen öffentlichen Arbeitsbeschaffung Stellung nehmen werde. Jetzt sieht es ganz so aus, als ob diese Forderung der internationalen Sozialpolitik umgangen werden soll.

-----

**SPD.** In der Tschechoslowakei wird der Krisenschutz für die Arbeitnehmer ausgebaut. Dr. Meissner, der der Sozialdemokratie angehört, hat eine Gesetzesvorlage eingebracht, wonach in industriellen, gewerblichen und Bergbaubetrieben Arbeiter, deren Dienstverhältnis weniger als drei Jahre gedauert hat, erst nach Ablauf einer 14tägigen Kündigungsfrist entlassen werden dürfen; bei einem Dienstverhältnis von drei Jahren umfasst die Kündigungsfrist 3 Wochen und sie verlängert sich alle weiteren drei Jahre um eine Woche. Die Kündigungsfristen müssen mit dem 15. oder dem Letzten des Monats zusammenfallen. Bei Privatangestellten soll die Kündigungsfrist bei weniger als 3 Jahren Tätigkeit 6 Wochen betragen, nach drei Jahren Tätigkeit 3 Monate und nach je weiteren drei Jahren stets um 1 Monat steigen.

-----

**SPD.** Der AfA-Bund hat in enger Zusammenarbeit mit dem Deutschen Werkmeisterverband sofort nach dem Erlass der 5. Notverordnung den Kampf um die Wiederherstellung der Wanderversicherung aufgenommen. Diesen Bemühungen ist jetzt ein erster beachtlicher Erfolg zuteil geworden.

Nach der unerträglichen Verlängerung der Wartezeiten in Invalidenversicherung und Angestelltenversicherung durch die 4. Notverordnung hatte die 5. Notverordnung u. a. die Bestimmung geschaffen, dass die Leistungen der Invalidenversicherung an Wanderversicherte erst gewährt werden könnten, wenn die Leistungsvoraussetzungen der Invalidenversicherung erfüllt seien. Die Steigerungssätze der Invalidenversicherung sind danach - das war die Absicht des Gesetzgebers - erst zur Rente des Wanderversicherten zuzuschlagen, wenn er invalide oder 65 Jahre alt ist. Der Text der Notverordnung war aber so weit gefasst, dass eine findige Auslegung zu den Leistungsvoraussetzungen auch die Wartezeit der Invalidenversicherung rechnen konnte. Der AfA-Bund hat auf diese Möglichkeit aufmerksam gemacht, als er sofort nach dem Erlass der Notverordnung im Reichsarbeitsministerium Protest gegen ihre unerträglichen Bestimmungen einlegte. Damals stiess er auf Erstaunen und Entrüstung über solche "Auslegungskünste". Bald darauf waren diese "Künste" Praxis.

Jetzt ist endlich Klarheit geschaffen worden. Die Verordnung zur Durchführung von Notvorschriften der Sozialversicherung, dass zu den genannten Leistungsvoraussetzungen nicht die Erfüllung der Wartezeit in der Invalidenversicherung gehört.

-----

**SPD.** In Italien fasste der Nationalrat der Korporationen am Freitag einen wichtigen Beschluss über die Gültigkeit der Tarifverträge. Danach tritt bei Ablauf des Kündigungstermins der Tarifverträge nicht mehr wie früher ein vertragloser Zustand ein. Die bestehenden Verträge bleiben solange rechts-gültig, bis der neue Vertrag abgeschlossen ist. Gegen die absichtliche Verzögerung des Abschlusses eines neuen Vertrags durch den Partner, der etwa ein besonderes Interesse an den Bestimmungen des abgelaufenen Vertrags hat, sollen besondere Garantien geschaffen werden.

Dieser Beschluss ist auf Rechnung der neuen Richtung zu setzen.

Die Arbeitsvermittlungämter sollen künftig den faschistischen Gewerkschaften angegliedert werden.

-----

# Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D.

Berlin, den 20. Januar 1933.

Sterben im Herbst.  
-----<sup>x</sup>

SPD. Schon auf dem Truppenübungsplatz in Polen war er mir aufgefallen. Wir mochten im sonnigglänzenden Staube der Landstrasse, im glühenden Sande der verlorenen Heiden schmachten und keuchen, er blieb auch unter lastendem Marschgepäck der gleichgemute Wanderer, der sich die Freude am Schönen der Landschaft durch keine Erschöpfung beeinträchtigen liess. Einmal hatten wir uns bäuchlings im Zeitraum von Minuten einzubuddeln, da lag er eine Weile in still froher Besinnlichkeit neben mir, sodass mein Verwundern ihn fragen musste, was ihm an dieser Maulwurfsarbeit denn so spassig vorkäme. Ohne aufzublicken, sagte er: "Ich beobachte nur, wie diese Ameise an meinen herabfallenden Schweisstropfen herumschnuppert." Und wenn wir nach anstrengendem Marsch unsern erschlaferten Geist mit einem auf die "polnische Wüste" gemünzten Spottliede aufzufrischen bemüht waren, sass er lächelnd dabei und meinte: "Ich weiss gar nicht, was ihr wollt. Wir haben den Wald, die Heide, wir haben den Sommer, ein bisschen mehr Zeit, und wir könnten glücklich sein." Natürlich verlachte man ihn; aber ich verstand, was in ihm sann. Ein Förstersohn, durch unglückliche Berufswahl zeitlebens in die Grosstadt verbannt, musste hier draussen ja zu einer Harmonie kommen, die ihn versöhnte; denn was er jetzt um sich hatte das war sein Jugendland, das ihn die Stadt vergessen liess und ihn zu seiner Kindgläubigkeit zurückführte.

Als wir dann im Spätsommer ins Feld rückten, tagelang durch die Gefilde Kurlands nach der Düna marschierend, da war er voll stiller Seligkeit, und am ersten Abend in der Stellung schwärmte er, versunken in den farbenglühenden Himmel über den dunkeln Wäldern: "Ist das nicht Gunst und Gnade, so einen Herbst erleben zu dürfen?"

"Wenn der Krieg nicht wäre," entgegnete ich.

Aber er zuckte mit den Schultern, als wenn ich ihn nicht richtig verstanden hätte, und fragte ein wenig verächtlich: "Was hat damit der ekelhafte Krieg zu tun?"

"Dass er einen in dieser Sekunde um die Gunst und Gnade betrügen kann," scherzte ich.

Und wieder lächelte er: "Ach so, der Tod! Aber die Blumen dahinten auf der Wiese blühen deshalb doch nicht trauriger, weil ihnen der Herbst den Garau machen wird. Zwar philosophieren sie auch nicht."

Er war tagsüber nun keine freie Stunde im Unterstande zu finden, sondern stahl sich immer an einer in Deckung liegenden Stelle des Grabens in das rückwärtige tiefere Gelände und erreichte hier den bergenden Kiefernwald, in dem er sich ungestört ergehen konnte, da nur vereinzelt Geschütze dort aufgestellt waren. Manchmal begleitete ich ihn; aber er war kein guter Gesellschafter. Er konnte lange neben mir hergehen, ohne ein Wort zu sprechen, blieb schweigend stehen, wo es ihm gefiel, und dann war's immer, als wenn ich ihn aus einer Versponnenheit herausrisse; wenigstens zeigte er sich dann unwillig und abweisend.

An einem dienstfreien Sonntag im September, durch dessen mildsonnige Luft die blinkenden Marienfäden segelten, gingen wir hinaus, schlenderten kreuz und quer durch den fremden Urwald, bis wir ermüdet auf einer Lichtung rasteten, deren Mitte ein von Schilfgras umsäumtes Wasser einnahm. Da mein Kamerad so gleich wieder in sein Träumen versank, stockte die Unterhaltung, und ich tat,

als läse ich in Briefen, die ich mitgenommen hatte. Doch hielt ich ihn unaus-  
gesetzt im Auge, sah, wie er andächtig das Waldbild in sich aufnahm und dann  
wie gebannt auf den Wasserspiegel starrte, über dessen tiefem Himmel langhei-  
nige Insekten ihren Haschtanz aufführten. Die Starre seines Blickes aber wich  
auf einmal einem Verwundern, einer seltsamen Verklärtheit, und ich bemerkte  
deutlich, wie er irgend einem Phantom folgte, das dem überbuschten Wege zu-  
schwebte und dort verharrte. Fern über den grossen Sümpfen schrie ein aufge-  
störter Kiebitz, und das Mienenspiel des Träumers nahm einen Ausdruck an,  
als ob er einem feinen Flötenspiele lauschte.

Plötzlich schrak er zusammen, war einen Augenblick verwirrt und drängte  
zum Gehen. Unterwegs fragte er ganz unvermittelt: "Kennen Sie Knut Hamsun?"

"Auch seinen "Pan" habe ich gelesen," erwiderte ich; denn ich konnte mir  
denken, worauf er hinauswollte, und war bestrebt, ihm entgegenzukommen. Aber  
sein Lächeln sagte: Und dann singen Sie das Lid auf die polnische Wüste?

Bei unsrer Rückkehr erfuhren wir, dass unerwartet Appell gewesen war, und  
da wir gefehlt hatten, so wurden die Ausflüge in den Wald hinter der Stellung  
allgemein verboten. Um meines Kameraden willen bedauerte ich das sehr. Zwar  
flankierte unsern Laufgraben an der Stelle, wo er die Höhe erklimm, ein kleine  
Tannenbestand, der jedoch vom Feind eingesehen werden konnte und sogleich unter  
Feuer genommen wurde, wenn sich in ihm jemand bemerkbar machte. Es blieb uns  
also keine andre Wahl, als die Waldgänge in die Dämmerung zu verlegen, und we-  
il wir dabei ein paar mal ganz unbehelligt geblieben waren, so wagten wir täglich  
mehr. "Ueberhaupt", sagte mein Kamerad, "ich muss Licht im Walde haben." Er  
schlug also vor, auch tagsüber hinaufzugehen, und als ich abriet, wandte er  
ein: "Was soll's! Noch einige Tage, dann geht's in den langen Winter. Sind  
wir da hier unten nicht auch begraben? Noch ist Herbst. Im Frühling sterben,  
ist schwer."

Am andern Nachmittage stieg er allein hinauf. Ich sah ihn oben zwischen  
den Tannen in das Rotgold der Sonne wandern.....

Er kam an diesem Abend nicht wieder. Spät noch gingen wir und fanden ihn  
gebettet zwischen zwei Wacholderbüschen, tief im Heidekraut liegen. Ich leuch-  
tete ihm ins Gesicht: er lächelte, wie er's immer getan hatte, wenn er uns fern  
und der Erde nahe gewesen war.

Richard Wenz.

-----  
Das internationale Polarjahr.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Während in der Mandschurei die Kanonen donnern, der Völkerbund in  
Genf seine Ratlosigkeit bekundet und die Hitler, Strasser, Papen usw. sich um  
Ihren zweifelhaften Einfluss auf die deutsche Politik streiten, ist es in aller  
Stille gelungen, die grösste Organisation auf internationaler Basis zu einer  
der bedeutendsten wissenschaftlichen Grossleistungen zusammenzubringen, die die  
Welt je gesehen hat: zur Erforschung polarer Verhältnisse im Rahmen des zweiten  
internationalen Polarjahres.

Das erste internationale Polarjahr wurde vor fünfzig Jahren auf Anregung  
des österreichischen Polarforschers Carl Weyprecht durchgeführt. Damals betei-  
ligten sich 12 Staaten an den Forschungsarbeiten, deren Zweck es war, gleich-  
zeitig bestimmte meteorologische, erdmagnetische und Polarlichtbeobachtungen  
anzustellen, um über die geophysikalischen Vorgänge auf unserm Planeten grössere  
Klarheit zu erhalten. Es wurden 14 Polarstationen errichtet, auf denen die  
vorher genau festgelegten Messungen durchgeführt wurden. 34 ausserhalb der  
Polargegenden gelegene Stationen arbeiteten ebenfalls im gleichen Rahmen mit.  
Die gemeinsamen Messungen aller dieser Stationen ergaben damals schon wert-  
volle Erkenntnisse, die vor allem auch der Wettervorhersage dienstbar waren.

macht wurden.

Das zweite internationale Polarjahr wurde als Jubiläumsveranstaltung gedacht. Die Anregung gab der Regierungsrat der deutschen Seewarte Dr. J. Georgi in Hamburg. Der Aufgabenkreis ist diesmal ausserordentlich weit gespannt. Im Vordergrund der Arbeiten stehen auch jetzt wieder meteorologische Messungen, denen heute eine weit grössere Bedeutung zukommt als vor fünfzig Jahren. Allein schon der ausgedehnte Luftverkehr fordert immer bessere Wettervorhersagen, die nur dann geliefert werden können, wenn wir alle Vorgänge in unserer Atmosphäre überblicken können. Wie oft standen wir vor einem Rätsel, wenn die ersten warmen Frühlingstage von einem plötzlichen Kälteeinbruch abgelöst wurden, der alle zarten Frühlingsblüten zum Sterben verurteilte! In solchen Fällen war polare Luft in grossen Mengen zu uns vorgestossen und hatte dazu beigetragen, des Winters Herrschaft zu verlängern. Bei rechtzeitiger Warnung durch die Wetterwarten hätten viele wirtschaftliche Werte gerettet werden können. Unsere Wetterpropheten können aber nur dann einwandfrei arbeiten wenn sie selbst auf Grund klarer Erkenntnisse über die Wetterverhältnisse in den Polargebieten ihre Vorhersagen aufbauen können. So befindet sich das ganze Nordpolarbecken entweder unter dem Einfluss zweier Hochdruckgebiete, die in Sibirien und in Nordamerika liegen, oder unter dem zweier Tiefdruckgebiete, die in Island und auf den Aleuteninseln im Norden des Stillen Ozeans zwischen Alaska und Kamschatka nördlich des 50. Breitengrades liegen. Gelingt es nun, eine ständige Beobachtung dieser Hoch- und Tiefdruckgebiete einzurichten, so können Kälteeinbrüche mit grosser Sicherheit vorausgesagt werden. Solche Beobachtungen müssen mit der Erforschung der Luftdruck-, Temperatur- und Windverhältnisse in den höheren Luftschichten verbunden werden, die gerade durch die in neuerer Zeit geschaffenen Apparate erleichtert worden sind.

Für den Weltverkehr ist eine genaue Magnetkarte notwendig, auf der alle Abweichungen der Kompassnadel, die an den verschiedenen Punkten der Erdoberfläche eintreten, verzeichnet sind. Man hofft nun, durch erdmagnetische Messungen an den Nachbargebieten der Pole wesentliche Ergänzungen zu dieser Karte zu erhalten, und will darüber hinaus alle die Fragen einer Lösung näher bringen, die mit dem Grundproblem des geheimnisvollen Magnetismus zusammenhängen. Dazu gehören die Fragen der elektrischen Leitfähigkeit der Luft, der Radioaktivität der Sonnenstrahlen, der im Zusammenhang mit dem Nordlicht auftretenden magnetischen Wirbelstürme und andre Fragen, an deren Lösung die wissenschaftliche Welt interessiert ist.

Ferner sollen die Wasserverhältnisse in den polaren Breiten eingehend untersucht werden, da sie für die Fischerei von grosser Bedeutung sind. Im Zusammenhang hiermit stehen Strömungsbeobachtungen auf den Weltmeeren und andre Seebeobachtungen, für die nicht weniger als rund 1000 Schiffe der internationalen Handelsflotten gewonnen wurden, die ihre Beobachtungen funktelegraphisch weitergeben. Auch Kriegsschiffe werden sich an diesen friedlichen Arbeiten beteiligen. Sehr wenig wissen wir bisher über die Verteilung vom Land und Meer in den Polarregionen. Rund 3 Millionen Quadratkilometer sind hier noch zu erforschen. Zu allen diesen Beobachtungen kommen noch biologische und bakteriologische Forschungen, die das Gesamtbild, das wir nach Abschluss des Polarjahres erhalten werden, ergänzen sollen.

Es ist eine Tragik, dass sich Deutschland infolge der Wirtschaftsnöte, die mal nicht wie vor 50 Jahren mit eigenen polaren Stationen beteiligen kann. Vom Reichsministerium des Innern und von der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft konnten nur Mittel zur Verfügung gestellt werden, die Beobachtungen innerhalb der deutschen Grenzen zulassen. So wurden z.B. die auf der Insel Nowaja Semlja durch die Explosion von 1000 Kilogramm Amonal erzeugten Schall-schwingungen mit Hilfe des sogenannten "Undographen" auf dem Meteorologisch-Magnetischen Observatorium auf dem Telegraphenberg zu Potsdam gemessen. Die Beobachtungen im Polargebiet haben ja nur Wert, wenn sie mit gleichzeitig angestellten Beobachtungen an den übrigen Teilen der Erde verglichen und mit



ihnen in einen Zusammenhang gebracht werden können. Hätte Deutschland polare Beobachtungsstationen einrichten können, so wäre eine wohl in der Antarktis auf dem von der "Gauss"-Expedition 1901-1904 entdeckten Kaiser Wilhelm-Land oder auf dem von der "Deutschland"-Expedition 1912 entdeckten Prinzregent-Luitpold-Land errichtet worden, die (was in den weitesten Kreisen unbekannt ist) die beiden einzigen deutschen Kolonien sind, die wir nach dem Weltkriege behalten durften, da hier bisher wirtschaftliche Interessen noch nicht mitspielen. Es handelt sich um Gebiete, auf denen niemand unterjoch und niemand ausgebeutet wurde.

Im Gegensatz zu Deutschland werden andre Staaten, besonders Russland, das ja sehr stark an der arktischen Forschung interessiert ist, da ein Teil seines Hoheitsgebietes in diesen Regionen liegt, sich durch Einrichtung von Polarstationen und auch durch Expeditionen beteiligen. Russland unterhält ja schon lange solche Stationen in der Arktis. Der Aufenthalt inmitten des weissen Schweigens setzt natürlich besondere moralische Qualitäten voraus. Aber der Rundfunk erleichtert den Forschern ihr Werk. So hat es sich in Russland eingebürgert, dass der Leningrader Sender alle vierzehn Tage die Frauen und Kinder der Forscher vor das Mikrophon treten lässt, damit sie ihren Männern und Vätern in der Eiswüste ein Lebenszeichen geben können. Eine russische Station in Nordland hat u.a. mit Hilfe der drahtlosen Kunst die von ihr aufgenommene Karte eines 25 000 Quadratkilometer umfassenden Gebietes nach Leningrad gefunkt, wo sie vom dortigen arktischen Institut aufgenommen und gezeichnet werden konnte. Gerade dieses Beispiel zeigt, welche grossen Möglichkeiten heute ein internationales Zusammenarbeiten auf dem Gebiete der Forschung ausnutzen kann. Schade, dass eine so umfassende planetarische Arbeit nicht auch auf andern Gebieten möglich ist. Die Erde würde dann entschieden wohnlicher und angenehmer für die Menschheit sein.

W.M.

-----  
Urlaub unter Haifischen.<sup>x</sup>  
-----

Von Louis Golding.

SPD. Im vorigen Jahre verbrachte ich meinen Urlaub unter Haifischen. Nicht etwa in Monte Carlo oder San Remo oder Biarritz, sondern bei wirklichen Haifischen, die in mancher Beziehung sympathischere Geschöpfe sind als die Menschen, denen man ihren Namen beilegt.

Man kann sich als kühl rechnender Geschäftsmann und im steifen Kragen unter die Haifische begeben, denn diese sind, vom kaufmännischen Gesichtspunkt aus gesehen, sehr wertvolle Tiere. Ich aber trat ihnen nur mit meinem Schwimmanzug bekleidet und eine Angelrute in der Hand haltend gegenüber.

Es war im Dezember, und ich befand mich in Gesellschaft eines Amerikaners namens Harris. Wir bummelten auf dem weissen, sandigen Strande der Bai von Cottesloe an der westaustralischen Küste, wo wir gleich zwanzigtausend andern Menschen Erholung von der heimtückischen Hitze des australischen Dezember suchten. Etwa tausend junge Männer tummelten sich draussen im Schaum der Brandung; es waren "Wellenreiter", die auf eine Woge warteten, die sie, während sie rittlings auf ihren Brettern sassen, auf den Sand befördern würde. Hinter der Linie der Brandung patrouillierte unablässig ein Walfischfängerboot. Es war mit Mitgliedern des Strandbad-Lebensrettungsklubs bemannt. Von der Spitze eines stählernen Turmes, der wie ein Erdöl-Bohrturm aussah, beobachtete ein junger Mann vom Strande aus das Wasser, nach der dunklen Rückenflosse eines Haifisches auslugend.

Plötzlich hörten Harris und ich einen schrillen, messerscharfen Schrei, der den Lärm der feiertäglichen Besucherschar übergellte. Gleich darauf meng-

te sich die Sirene des Wachtturmes in das lärmende Durcheinander. Ihr Aufkreischen veranlasste tausende von Schwimmern in toller Hast strandwärts zu schwimmen. Man hätte glauben können, sie würden von einem Heer von Seedrachen verfolgt; in so wahnsinnigem Schrecken stiessen sie in ihrem Wettschwimmen an den Strand einander weg.

Ich erinnere mich nicht gern des Anblicks, der unser wartete, als wir uns der am Strande versammelten Menschenmenge anschlossen. Fünfzig Meter vom Sand entfernt war das Wasser blutigrot gefärbt. In der Mitte war ein einsamer Schwimmer. Er stiess keinen zweiten Schrei mehr aus. Seine Hände teilten mit schwachen Bewegungen das scharlachrote Wasser. Rund um ihn kreuzte gefahrdrohend ein Haifisch, der zu einem zweiten Angriff ansetzte.

Einen Augenblick lang war die Menschenmenge wie versteinert; doch schon zwei Sekunden später stürzten sich zwei junge Männer kopfüber in die Brandung und bahnten sich ihren Weg zu dem verwundeten Schwimmer. Nun häherte sich auch das Rettungsboot. Sehr schnell überholte es die beiden jungen Männer und nahm sie an Bord. Sechs kräftige Ruderstösse brachten es an den Schauplatz der Gefahr, und eifrige Hände streckten sich aus, um das Opfer in Sicherheit zu bringen.

Die Hilfe kam um eine Sekunde zu spät. Niemals werde ich das wehklagende Stöhnen vergessen, das am Strande hörbar wurde, als, gerade in dem Augenblick, da der Schwimmer ins Boot gehoben wurde, der Haifisch seinen zweiten Angriff unternahm. Der arme Bursche war tot, als das Boot den Strand erreichte. Buchstäblich in Stücke zerrissen.

Harris redete mir zu, mich der Jagd, die nun folgte, anzuschliessen. Gemeinsam mit den Lebensrettern machten wir das Boot wieder los, das mit Harpune Jagdbüchse und starken Haken versehen war. Die Leute erzählten uns, der Haifischwürde noch sehr lange in der Nähe bleiben, in der Hoffnung auf ein weiteres Opfer.

Zwei Tage lang durchsuchten wir alle den Fischern bekannte Schlupfwinkel der Haifische. Aber der Erfolg wollte sich nicht einstellen. Als er schliesslich doch kam und der Hai den grossen Fleischköder verschluckte, stiessen wir alle einen erbarmungslosen Racheschrei aus. In unsern Stimmen zitterte sowohl Wut wie Triumph. Im nächsten Augenblick stiess der junge Amerikaner die Harpune dem Ungeheuer in den Leib und liess sogleich eine Flintenkugel folgen. Das Opfer war gerächt.

Eigentlich war ich ja nach Australien gereist, um mich auszuruhen. Der Gedanke an Haifischjagd hatte mir ganz fern gelegen. Doch nun, da ich "Blut geleckert" hatte, war ich überaus begierig, den Kreuzzug gegen die Haifische fortzusetzen. Ich hatte Harris erzählt, dass ich fest entschlossen sei, in Australien ein Faulenzerleben zu führen, und er grinste nun boshaft, als wir uns am nächsten Tage in Perth die nötigen Geräte und Schiffskarten nach Point Cloates, dem Hauptquartier der Walfischjagd gegenüber der Nordwestküste von Australien, kauften.

Von einem Walfisch-Mutterschiff aus erblickten wir zuerst unsere Haifische Harpuniert von einem "Vorposten" wurde der Walfisch ans Mutterboot herangeschleppt und von dort aus zerlegt; das heisst, wenn es gelang, die Haifische abzuwehren. Man kann sich kaum vorstellen, mit welcher Raubgier und in wie dichten Schwärmen sie angriffen. Aus einer Entfernung von vielen Meilen im Umkreise, so schien es, hatten sie den toten Wal gewittert. Wie Wölfe des Meeres schnappten sie zu, und das Wasser war hunderte Meter ringsum von ihren Rückenflossen besprenkelt. Es war ein furchtbarer Anblick, den Haifischen, durchweg gewaltigen Tieren, zuzusehen, wie sie aus dem Wasser emporschnellten, um ein Extrapfund Walfischfleisch zu ergattern, wie sie um ein winziges Stückchen Speck miteinander kämpften und mit solcher Wut kämpften, dass sie einander verwundeten und die verwundeten Haie von den andern aufgefressen wurden.

Harris gelüstete es, mit den Haifischen anzubändeln, und ich wurde von ihm angesteckt. So fischten wir Haie. Wir fischten sie von Landungsbrücken,

von Werften und von kleinen Ruderbooten aus. Wir fingen sie mit Haken und Netzen und schossen auf sie. Nicht auf Babies von der Art, wie man sie in Aquarien sieht. Sondern auf weisse Haie, Hammerhaie und Tigerhaie. Zweieinhalb Meter lang? Die verwendeten wir als Köder! Und kein Tag verging, an dem wir, das heisst, besser gesagt, Harris und der junge Bootsmann des Walfischfängers, nicht zumindest acht Haie an Land brachten.

Haben Sie schon Zane Grey's Geschichten von der Jagd auf Tiefseefische an der neuseeländischen Küste gelesen? Nein, nein, Zane Grey hat sich bis jetzt mit Fischfang noch nicht abgegeben. Und doch ist die australische Jagd auf Haifische der ungeheuerlichste Sport der Welt. Und wenn man den Haifischfang satt hat, kann man Stachelrochen, drei Meter im Durchmesser, fangen oder gemeine Meer-Engel, von denen jeder etwa eine Tonne wiegt, oder Oktopoden, von denen man geglaubt hatte, dass sie nur in der Phantasie eines Jules Verne existierten. In der Wärme des australischen Sommers kann man fischen, während in Europa und Amerika die Flüsse und Seen mit einer dichten Eisschicht bedeckt sind.

Und mit Hilfe Ihres Fanges - etwa aus jenem Tigerhai, der Sie fast ins Wasser gezerrt hätte, oder aus jenem Hammerhai, der sich durchaus nicht töten lassen wollte - können Sie sich selbst passende Reiseandenken anfertigen lassen. Denn Haifischleder, biegsam wie Kalbsleder und stark wie Krokodilleder, wird in Australien nach Ihrem Belieben gefärbt. Es mangelt dort auch nicht an Handwerkern, die Ihnen aus dem Haifischleder elegante Schuhe, einen Tabaksbeutel, einen Reisekoffer, Abendschuhe für Ihre Frau, ein Handtäschchen für Ihre Tochter und ein Zigarettenetui für Ihren Jüngsten herstellen - denn während Ihrer Abwesenheit wird der Schlingel sicherlich sich das Rauchen angewöhnt haben.

(Autorisierte Uebersetzung von Leo Korten.)

-----  
Der "wärmende" Schnee.<sup>x</sup>  
-----

SPD. Sehr häufig kann man die Behauptung hören, dass der Schnee den Erdboden erwärme. Das erscheint im ersten Augenblick widersinnig, da der aus Eishadeln bestehende Schnee doch ziemlich kalt ist. Wenn Jungen eine Schneeballschlacht veranstalten, dann kann man oft sehen, wie sie ihre roten Hände ab und zu in die Taschen stecken, um sie wieder warm werden zu lassen. Dennoch ist die Behauptung, dass der Schnee den Boden erwärme, richtig. Allerdings muss man diese Tatsache etwas genauer formulieren. Der Schnee ist keine eigentliche Wärmequelle, sondern er ist für den Erdboden das, was für den Menschen ein schöner Mantel, ein molliger Pelz ist. Auch ein warmhaltendes Kleidungsstück ist ja für uns keine Wärmequelle, sondern ein Gegenstand, der das Ausstrahlen der Körperwärme verhindert oder mindestens verlangsamt. Der Boden hat durch die wärmenden Strahlen der Sommersonne einen gewissen Wärmevorrat aufgespeichert, den er in der kalten Jahreszeit wieder langsam ausstrahlt. Ohne eine schützende Hülle würde dieser Vorrat nach und nach versiegen und der Boden um die Mitte des Winters zuletzt so kalt werden, dass für die in der Erde befindlichen Pflanzen die Gefahr des Erfrierens und Absterbens eintritt. Hier ist nun die Schneedecke, die die winterliche Erde bedeckt, ein äusserst wertvoller Schutz. Die Bedeutung dieses Schutzes zeigen einige Untersuchungen, die in der Nähe von Moskau angestellt wurden. Bei einer Kälte von 21 Grad Celsius wurden mehrere Thermometer durch den Schnee in den Erdboden gesteckt. Sie zeigten eine Temperatur von nur -  $\frac{1}{2}$  Grad Celsius an. So erstaunlich stark ist die wärmende Wirkung des Schnees.

Wie kommt nun der Schnee zu dieser wunderbaren Eigenschaft, die ihn be-

fähigt, die Erde ungefähr ebenso zu schützen wie eine Thermosflasche ihren warmen Inhalt? Das Wichtigste, das jedem Stoffe die Fähigkeit, warmzuhalten, verleiht, ist die darin enthaltene Luft. So merkwürdig es klingt, wir kleiden uns tatsächlich hauptsächlich mit Luft. Je mehr davon in einem Stoff enthalten ist, desto wärmender ist er, weil Luft ein schlechter Wärmeleiter ist. Ein Baumwollstoff enthält z.B. fast ebensoviel Luft, wie er Baumwolle enthält. Kleider aus Wolle und Fellen enthalten sogar bis zu 90 Prozent Luft. Friert der Vogel, so legt er seine Federn nicht etwa fest an den Körper, sondern er sträubt, "lüftet" sie. Alles kleidet und umgibt sich mit einer schützenden Lufthülle, im weiteren Sinne ja auch unser Erdball. Bei unsern Wohnhäusern ist das ebenfalls so. Die Wände unserer Häuser sind reicher an Luft, als man annehmen möchte. Ziegel enthalten 20 Prozent Luft; Holz enthält 70 Prozent. In kalten Gegenden werden deshalb die Holzwände dicker gemacht, und in Norwegen gibt es aus diesem Grunde sehr viele Holzhäuser. Auch die wärmende Wirkung der Doppelfenster beruht nur auf der dazwischen liegenden Luftschicht. Der Schnee nun, dieser von Mutter Natur für die Erde spendierte Schutz vor der Winterkälte, enthält ebenfalls grosse Mengen Luft. Schmilzt man 10 Liter Schnee, so erhält man nur 1 bis 2 Liter Wasser. Die verschwundenen 8 bis 9 Liter, also 80 bis 90 Prozent, sind Luft gewesen.

Eine andre Frage taucht nun aber auf. Wenn Luft solch ein ausserordentlich guter Schutz gegen Kälte ist, warum sind dann noch Schnee, Kleider, Wände erforderlich? Wir, der Erdboden, die Pflanzen sind doch ununterbrochen von Luft umgeben. Warum erwärmt die freie Luft nicht ebenso gut wie die eingeschlossene im Schnee, im Pelz, in den Häuserwänden? Die Antwort darauf ist leicht gegeben. Luft ist, genau genommen, nur im Ruhezustand ein sehr schlechter Wärmeleiter. Wenn sie strömt, in Bewegung ist, leitet sie die Wärme besser, wobei sich dann wärmere und kältere Luftmassen durcheinandermengen. Die in den Stoffen gebundene Luft kann sich aber nicht mit kalter Luft vermischen, kann nicht nach Erwärmung als warme Luft nach oben steigen und damit entweichen und ist dadurch ein wertvolles Kleidungsstück für Mensch und Tier und im Schnee auch für den Erdboden.

---

### Berliner Theater.

---

SPD.Aus Berlin wird uns geschrieben: Das Theaterleben der deutschen Reichshauptstadt ist nun glücklich zum Gegenstande des Hohngelächters der ganzen Welt geworden. Was wir hier seit Wochen und Monaten erleben, ist nicht eine Folge der allerorten so heftig spürbaren Wirtschaftskrise, sondern einfach ein Kulturbankerott. Da haben wir eine Staatsoper, die bisher in dieser ganzen Spielzeit (in starkem Gegensatze zur Städtischen Oper) noch keine einzige Neueinstudierung von wesentlicher Bedeutung herausgebracht hat. Im Staatlichen Schauspielhause, das seit rund einem Jahre keinen neuen Intendanten finden kann, herrscht völlige Anarchie. (Wie der Herr - d.h. der Kultusminister der preussischen Kommissariatsregierung -, so 's Gescherr.) Den Spielplan beherrschen ausschliesslich Klassiker und eine Gesangsposse. In diesen Tagen werden wir den zweiten Teil von Goethes "Faust" zu sehen bekommen, den Gustav Lindemann aus Düsseldorf (!) mit vermutlich grossem Aufwand - zwei Tage lang bleibt das Theater wegen der Hauptproben geschlossen - inszeniert hat. Aber schon zwei Wochen später läuft das Engagement der beiden Hauptdarsteller Werner Krauss und Gustaf Gründgens ab. Und ein Künstler wie Rudolf Forster hat sich von vorn herein für ein Engagement ans Staatstheater bedankt..... Scharf unterscheiden muss man zwischen dem Zusammenbruch des Rotter-Konzerns und der Pleite der Direktion Beer-Martin im "Deutschen Theater".

Die Brüder Alfred und Fritz Rotter sind in den anderthalb Jahrzehnten ihres Unternehmertums immer nur reine snobistische, gewinn gierige Theatergeschäftsleute gewesen. Wenn sie dann und wann auch einmal ein literarisch wertvolles Stück herausbrachten - etwa das neue Werk "Zu wahr, um schön zu sein" von Shaw -, so geschah das eben im Hinblick auf einen sicheren materiellen Erfolg. Im Grunde jedoch waren die Rotters nichts weiter als gerissene Ausbeuter des Amüsierbedürfnisses des Publikums, obendrein mit höchst unsolider Grundlage und Methode, und ihr wohlverdienter, längst fälliger Zusammenbruch ist deshalb nicht, wie in der Berliner Presse zu lesen war, eine Tragödie, sondern eine begrüssenswerte Reinigung der gewitterschwülen Sumpfluft des Berliner Theaterlebens. Dagegen ist die Direktion Beer-Martin am Uebermass ihrer künstlerischen Unzulänglichkeit gescheitert. (Von der laut ausposaunten Aufführung ihres letzten Durchfallsstücks "Gott, Kaiser und Bauer" von Julius Hay an einem andern Berliner Theater ist natürlich schon längst nicht mehr die Rede.) Herr Dr. Rudolf Beer hat es sich allzu leicht vorgestellt, mit in Wien bewährten Schmarren die angesehenste deutsche Privatbühne führen zu können. Karlheinz Martin hat schon früher als Theaterleiter in Frankfurt a.M. und Berlin versagt (selbst an der "Volksbühne" hat er zuletzt wenig glücklich operiert) und ist nie mehr als ein guter, unternehmungslustiger Regisseur gewesen. Es ist nicht ohne Ironie, dass sich jetzt Martins erfahrener früherer geschäftlicher Mitarbeiter an der "Volksbühne", Heinrich Neft, gemeinsam mit dem Schauspieler Carl Ludwig Achaz-Duisberg um die Leitung des "Deutschen Theaters" bewirbt. Dass man heute trotz aller Wirtschaftskrise immer noch mit hohen künstlerischen Leistungen Erfolg haben kann, beweist der wirtschaftliche Aufschwung, den die von Heinz Hilpert mustergültig geleitete "Volksbühne", das zur Zeit bedeutendste Schauspieltheater Berlins, zu verzeichnen hat.

Von den jüngsten Berliner Theaterereignissen sind nur zwei Operettenaufführungen zu erwähnen. Im "Grossen Schauspielhaus" gelangte die Operette "Ball im Savoy" von Paul Abraham zur Uraufführung. Das Werk ist typisch für den Stand der modernen Operettenproduktion. Was uns hier vom galanten Abenteuer eines jungvermählten Ehemanns aus den höchsten Gesellschaftskreisen mit seiner ehemaligen Geliebten auf dem Ball im Hotel Savoy in Nizza, von der Revanche seiner Gattin, von Szenen in Chambres séparées und von abgestandenen humoristisch sein sollenden Episoden vorgeführt wird, das haben wir uns schon seit Jahren hundertfach zuwider gesehen. Dazu gibt es eine Musik, die mit ihrer Dagewesenheit bis ins vorige Jahrhundert zurückreicht und an Flachheit kaum zu überbieten ist. Obendrein ist die Instrumentation barbarisch wie eine Militärmarschmusik; die zahlreichen Streicher werden von Trompeten und Posaunen fortwährend niedergebrüllt. An die Aufführung wird ein gewaltiger Prunk und Pomp verschwendet. Die berühmte Hauptdarstellerin Gitta Alpar zeigt, wie man mit Operettensingsang in kürzester Zeit eine glänzende Stimme ruinieren kann, und ihr Spiel ist abstossend ordinär.

Bei diesem Niveau der modernen Operette ist die seit Jahren in Berlin erlebte Offenbach-Renaissance nur allzu verständlich. Man kann freilich bei aller Anerkennung des unerschöpflichen musikalischen Reichtums dieses Komponisten zweifeln, ob sein Schaffen heute noch für unsre Ansprüche ergiebig genug ist. Aber solche Bedenken werden durch die ausgezeichnete, von Jürgen Fehling prachtvoll lebendig inszenierte Aufführung der Operette "Die Prinzessin von Trapezunt", eines der wertvollsten Werke von Offenbach, in der "Städtischen Oper" mit herrlicher Eindringlichkeit zerstreut. Mehr noch als sonst bei Offenbach ist hier die amüsante Handlung, die Liebesgeschichte einer Seiltänzerin, die im Wachsfigurenkabinett ihres Vaters die Stelle der beschädigten Prinzessin von Trapezunt einnehmen muss, mit einem Prinzen nur Vorwand für die Entfaltung der genialen musikalischen Begabung ihres Schöpfers. Dass es Offenbach auch hier an Einfällen nicht mangelt, ist selbstverständlich. Aber darüber hinaus weisen die zarte, reiche Lyrik, die geradezu an



Die Brüder Alfred und Fritz Rotter sind in den anderthalb Jahrzehnten ihres Unternehmertums immer nur reine snobistische, gewinn gierige Theatergeschäftsleute gewesen. Wenn sie dann und wann auch einmal ein literarisch wertvolles Stück herausbrachten - etwa das neue Werk "Zu wahr, um schön zu sein" von Shaw -, so geschah das eben im Hinblick auf einen sicheren materiellen Erfolg. Im Grunde jedoch waren die Rotters nichts weiter als gerissene Ausbeuter des Amüsierbedürfnisses des Publikums, obendrein mit höchst unsolider Grundlage und Methode, und ihr wohlverdienter, längst fälliger Zusammenbruch ist deshalb nicht, wie in der Berliner Presse zu lesen war, eine Tragödie, sondern eine begrüßenswerte Reinigung der gewitterschwülen Sumpfluft des Berliner Theaterlebens. Dagegen ist die Direktion Beer-Martin am Uebermass ihrer künstlerischen Unzulänglichkeit gescheitert. (Von der laut ausposaunten Aufführung ihres letzten Durchfallsstücks "Gott, Kaiser und Bauer" von Julius Hay an einem andern Berliner Theater ist natürlich schon längst nicht mehr die Rede.) Herr Dr. Rudolf Beer hat es sich allzu leicht vorgestellt, mit in Wien bewährten Schmarren die angesehenste deutsche Privatbühne führen zu können. Karlheinz Martin hat schon früher als Theaterleiter in Frankfurt a.M. und Berlin versagt (selbst an der "Volksbühne" hat er zuletzt wenig glücklich operiert) und ist nie mehr als ein guter, unternehmungslustiger Regisseur gewesen. Es ist nicht ohne Ironie, dass sich jetzt Martins erfahrener früherer geschäftlicher Mitarbeiter an der "Volksbühne", Heinrich Neft, gemeinsam mit dem Schauspieler Carl Ludwig Achaz-Duisberg um die Leitung des "Deutschen Theaters" bewirbt. Dass man heute trotz aller Wirtschaftskrise immer noch mit hohen künstlerischen Leistungen Erfolg haben kann, beweist der wirtschaftliche Aufschwung, den die von Heinz Hilpert mustergültig geleitete "Volksbühne", das zur Zeit bedeutendste Schauspieltheater Berlins, zu verzeichnen hat.

Von den jüngsten Berliner Theaterereignissen sind nur zwei Operettenaufführungen zu erwähnen. Im "Grossen Schauspielhaus" gelangte die Operette "Ball im Savoy" von Paul Abraham zur Uraufführung. Das Werk ist typisch für den Stand der modernen Operettenproduktion. Was uns hier vom galanten Abenteuer eines jungvermählten Ehemanns aus den höchsten Gesellschaftskreisen mit seiner ehemaligen Geliebten auf dem Ball im Hotel Savoy in Nizza, von der Revanche seiner Gattin, von Szenen in Chambres séparées und von abgestandenen humoristisch sein sollenden Episoden vorgeführt wird, das haben wir uns schon seit Jahren hundertfach zuwider gesehen. Dazu gibt es eine Musik, die mit ihrer Dagewesenheit bis ins vorige Jahrhundert zurückreicht und an Flachheit kaum zu überbieten ist. Obendrein ist die Instrumentation barbarisch wie eine Militärmarschmusik; die zahlreichen Streicher werden von Trompeten und Posaunen fortwährend niedergebrüllt. An die Aufführung wird ein gewaltiger Prunk und Pomp verschwendet. Die berühmte Hauptdarstellerin Gitta Alpar zeigt, wie man mit Operettensingsang in kürzester Zeit eine glänzende Stimme ruinieren kann, und ihr Spiel ist abstoßend ordinär.

Bei diesem Niveau der modernen Operette ist die seit Jahren in Berlin erlebte Offenbach-Renaissance nur allzu verständlich. Man kann freilich bei aller Anerkennung des unerschöpflichen musikalischen Reichtums dieses Komponisten zweifeln, ob sein Schaffen heute noch für unsre Ansprüche ergiebig genug ist. Aber solche Bedenken werden durch die ausgezeichnete, von Jürgen Fehling prachtvoll lebendig inszenierte Aufführung der Operette "Die Prinzessin von Trapezunt", eines der wertvollsten Werke von Offenbach, in der "Städtischen Oper" mit herrlicher Eindringlichkeit zerstreut. Mehr noch als sonst bei Offenbach ist hier die amüsante Handlung, die Liebesgeschichte einer Seiltänzerin, die im Wachsfigurenkabinett ihres Vaters die Stelle der beschädigten Prinzessin von Trapezunt einnehmen muss, mit einem Prinzen nur Vorwand für die Entfaltung der genialen musikalischen Begabung ihres Schöpfers. Dass es Offenbach auch hier an Einfällen nicht mangelt, ist selbstverständlich. Aber darüber hinaus weisen die zarte, reiche Lyrik, die geradezu an



Mozart gemahnt, die reichhaltige, charakteristische, klangschwelgerische Instrumentierung, die opernhafte Haltung, der kunstvolle Aufbau der Chöre diesem Werke einen besonders hohen Rang innerhalb seiner Kunstgattung zu. Das gelegentlich wirkungsvoll zur Geltung kommende parodistische Element tritt zurück hinter ernsthafter Gediegenheit reiner, üppiger musikalischer Schönheit. Diese Aufführung gehört zu den nachhaltigsten Erlebnissen dieses Berliner Theaterwinters.

Bz.

-----  
X  
Immer die alte Geschichte.  
-----

SPD. Als wir zur Schule gingen, erzählte man uns die Geschichte vom Mäuseturm bei Bingen. Ein reicher Bischof hatte viel Getreide, aber die Leute waren arm und konnten den Preis, den er forderte, nicht bezahlen. Er schenkte ihnen nichts und ging mit dem Preise nicht herunter. Die armen Leute mussten verhungern, während seine Speicher bis unters Dach gefüllt waren. Da kamen die Mäuse und Ratten und rächten die Menschen, die der Bischof hatte verhungern lassen. Erst frassen sie ihm das Getreide auf; dann kamen sie zu ihm ins Schloss. Er floh vor ihnen und liess sich mitten im Rhein einen steinernen Turm mit dicken Mauern bauen. Dahin verkroch er sich vor den Mäusen und Ratten. Aber die schwammen durch den Rhein; sie hatten kein Getreide mehr; sie hatten garnichts mehr zu beissen. Durch die dicken Mauern nagten sie sich einen Weg und fressen den Bischof bei lebendigem Leibe auf.

Das ist die Geschichte aus der Schulzeit. Aus der heutigen Zeit stammt die folgende: John Proctor, renommierter Getreidehändler in Liverpool, schreibt im Neujahrsrückblick der "Times", dass nach mässigen Schätzungen in den Getreide produzierenden Ländern Amerikas ein Weizenüberschuss von 90 Millionen Quarters vorhanden sein wird. Infolge des Preises und des Valutastandes könne Europa aber im kommenden Jahre höchstens 50 Millionen Quarters kaufen; der Rest müsse vernichtet werden. Das schreibt ein renommierter Bürger Englands in einem sogenannten führenden Wirtschaftsblatt! Ein Quarter ist ungefähr ein Viertelzentner. Man kann sich also vorstellen, welche Riesenmengen Getreide - zehn Millionen Zentner!! - vernichtet werden sollen. Inzwischen verhungern in Wien die Kinder zu Dutzenden; an der Donau stehen Posten, die den verzweifelten, halb verhungerten Frauen entgegentreten, wenn sie vor dem qualvollen Hungertod in das barmherzige Wasser flüchten wollen. Inzwischen gehen in Deutschland hunderte, tausende von Menschen an Unterernährung zugrunde. Inzwischen verhungern in Russland ganze Dörfer, und die vom Hunger geschwächten Leute können sich vor Erschöpfung nicht von der Stelle bewegen. Inzwischen - aber lassen wir das! Auch diese Geschichte wird morgen oder übermorgen ihr Ende gefunden haben!

Marim.

-----  
SPD. Ein unfehlbares Mittel.<sup>X</sup> An der Ecke einer Leipziger Vorstadtstrasse befindet sich seit einigen Tagen ein kleiner Stand, an dem ein "unfehlbares Mittel" gegen Erkältungen jeglicher Art verkauft wird. "Jede Erkältung innerhalb einer Viertelstunde geheilt", steht auf der Flasche. Neulich sitzt an dem Stande nicht der übliche Verkäufer, sondern seine Frau. "Wo ist denn Herr Hasenbein?" wird die Frau gefragt. "Man Mann gann heude nich selber sein Geschäfd besorjn. Der had sich ganz furcht bar ergälded und liegd im Bedde."  
-----

Die Brüder Alfred und Fritz Rotter sind in den anderthalb Jahrzehnten ihres Unternehmertums immer nur reine snobistische, gewinn gierige Theatergeschäftsleute gewesen. Wenn sie dann und wann auch einmal ein literarisch wertvolles Stück herausbrachten - etwa das neue Werk "Zu wahr, um schön zu sein" von Shaw -, so geschah das eben im Hinblick auf einen sicheren materiellen Erfolg. Im Grunde jedoch waren die Rotters nichts weiter als gerissene Ausbeuter des Amüsierbedürfnisses des Publikums, obendrein mit höchst unsolider Grundlage und Methode, und ihr wohlverdienter, längst fälliger Zusammenbruch ist deshalb nicht, wie in der Berliner Presse zu lesen war, eine Tragödie, sondern eine begrüßenswerte Reinigung der gewitterschwülen Sumpfluft des Berliner Theaterlebens. Dagegen ist die Direktion Beer-Martin am Uebermass ihrer künstlerischen Unzulänglichkeit gescheitert. (Von der laut ausposaunten Aufführung ihres letzten Durchfallsstücks "Gott, Kaiser und Bauer" von Julius Hay an einem andern Berliner Theater ist natürlich schon längst nicht mehr die Rede; Herr Dr. Rudolf Beer hat es sich allzu leicht vorgestellt, mit in Wien bewährten Schmarren die angesehenste deutsche Privatbühne führen zu können. Karlheinz Martin hat schon früher als Theaterleiter in Frankfurt a.M. und Berlin versagt (selbst an der "Volksbühne" hat er zuletzt wenig glücklich operiert) und ist nie mehr als ein guter, unternehmungslustiger Regisseur gewesen. Es ist nicht ohne Ironie, dass sich jetzt Martins erfahrener früherer geschäftlicher Mitarbeiter an der "Volksbühne", Heinrich Neft, gemeinsam mit dem Schauspieler Carl Ludwig Achaz-Duisberg um die Leitung des "Deutschen Theaters" bewirbt. Dass man heute trotz aller Wirtschaftskrise immer noch mit hohen künstlerischen Leistungen Erfolg haben kann, beweist der wirtschaftliche Aufschwung, den die von Heinz Hilpert mustergültig geleitete "Volksbühne", das zur Zeit bedeutendste Schauspieltheater Berlins, zu verzeichnen hat.

Von den jüngsten Berliner Theaterereignissen sind nur zwei Operettenaufführungen zu erwähnen. Im "Grossen Schauspielhaus" gelangte die Operette "Ball im Savoy" von Paul Abraham zur Uraufführung. Das Werk ist typisch für den Stand der modernen Operettenproduktion. Was uns hier vom galanten Abenteuer eines jungvermählten Ehemanns aus den höchsten Gesellschaftskreisen mit seiner ehemaligen Geliebten auf dem Ball im Hotel Savoy in Nizza, von der Revanche seiner Gattin, von Szenen in Chambres séparées und von abgestandenen humoristisch sein sollenden Episoden vorgeführt wird, das haben wir uns schon seit Jahren hundertfach zuwider gesehen. Dazu gibt es eine Musik, die mit ihrer Dagewesenheit bis ins vorige Jahrhundert zurückreicht und an Flachheit kaum zu überbieten ist. Obendrein ist die Instrumentation barbarisch wie eine Militärmarschmusik; die zahlreichen Streicher werden von Trompeten und Posaunen fortwährend niedergebrüllt. An die Aufführung wird ein gewaltiger Prunk und Pomp verschwendet. Die berühmte Hauptdarstellerin Gitta Alpar zeigt, wie man mit Operettensingsang in kürzester Zeit eine glänzende Stimme ruinieren kann, und ihr Spiel ist abstossend ordinär.

Bei diesem Niveau der modernen Operette ist die seit Jahren in Berlin erlebte Offenbach-Renaissance nur allzu verständlich. Man kann freilich bei aller Anerkennung des unerschöpflichen musikalischen Reichtums dieses Komponisten zweifeln, ob sein Schaffen heute noch für unsre Ansprüche ergiebig genug ist. Aber solche Bedenken werden durch die ausgezeichnete, von Jürgen Fehling prachtvoll lebendig inszenierte Aufführung der Operette "Die Prinzessin von Trapezunt", eines der wertvollsten Werke von Offenbach, in der "Städtischen Oper" mit herrlicher Eindringlichkeit zerstreut. Mehr noch als sonst bei Offenbach ist hier die amüsante Handlung, die Liebesgeschichte einer Seiltänzerin, die im Wachsfigurenkabinett ihres Vaters die Stelle der beschädigten Prinzessin von Trapezunt einnehmen muss, mit einem Prinzen nur Vorwand für die Entfaltung der genialen musikalischen Begabung ihres Schöpfers. Dass es Offenbach auch hier an Einfällen nicht mangelt, ist selbstverständlich. Aber darüber hinaus weisen die zarte, reiche Lyrik, die geradezu an

Mozart gemahnt, die reichhaltige, charakteristische, klangschwelgerische Instrumentierung, die opernhafte Haltung, der kunstvolle Aufbau der Chöre diesem Werke einen besonders hohen Rang innerhalb seiner Kunstgattung zu. Das gelegentlich wirkungsvoll zur Geltung kommende parodistische Element tritt zurück hinter ernsthafter Gediegenheit reiner, üppiger musikalischer Schönheit. Diese Aufführung gehört zu den nachhaltigsten Erlebnissen dieses Berliner Theaterwinters.

Bz.

-----  
X  
Immer die alte Geschichte.  
-----

SPD. Als wir zur Schule gingen, erzählte man uns die Geschichte vom Mäuseturm bei Bingen. Ein reicher Bischof hatte viel Getreide, aber die Leute waren arm und konnten den Preis, den er forderte, nicht bezahlen. Er schenkte ihnen nichts und ging mit dem Preise nicht herunter. Die armen Leute mussten verhungern, während seine Speicher bis unters Dach gefüllt waren. Da kamen die Mäuse und Ratten und rächten die Menschen, die der Bischof hatte verhungern lassen. Erst frassen sie ihm das Getreide auf; dann kamen sie zu ihm ins Schloss. Er floh vor ihnen und liess sich mitten im Rhein einen steinernen Turm mit dicken Mauern bauen. Dahin verkroch er sich vor den Mäusen und Ratten. Aber die schwammen durch den Rhein; sie hatten kein Getreide mehr; sie hatten garnichts mehr zu beissen. Durch die dicken Mauern nagten sie sich einen Weg und fressen den Bischof bei lebendigem Leibe auf.

Das ist die Geschichte aus der Schulzeit. Aus der heutigen Zeit stammt die folgende: John Proctor, renommierter Getreidehändler in Liverpool, schreibt im Neujahrsrückblick der "Times", dass nach mässigen Schätzungen in den Getreide produzierenden Ländern Amerikas ein Weizenüberschuss von 90 Millionen Quarters vorhanden sein wird. Infolge des Preises und des Valutastandes könne Europa aber im kommenden Jahre höchstens 50 Millionen Quarters kaufen; der Rest müsse vernichtet werden. Das schreibt ein renommierter Bürger Englands in einem sogenannten führenden Wirtschaftsblatt! Ein Quarter ist ungefähr ein Viertelzentner. Man kann sich also vorstellen, welche Riesenmengen Getreide - zehn Millionen Zentner!! - vernichtet werden sollen. Inzwischen verhungern in Wien die Kinder zu Dutzenden; an der Donau stehen Posten, die den verzweifelten, halb verhungerten Frauen entgegentreten, wenn sie vor dem qualvollen Hungertod in das barmherzige Wasser flüchten wollen. Inzwischen gehen in Deutschland hunderte, tausende von Menschen an Unterernährung zugrunde. Inzwischen verhungern in Russland ganze Dörfer, und die vom Hunger geschwächten Leute können sich vor Erschöpfung nicht von der Stelle bewegen. Inzwischen - aber lassen wir das! Auch diese Geschichte wird morgen oder übermorgen ihr Ende gefunden haben!

Marim.

-----  
SPD. Ein unfehlbares Mittel.<sup>X</sup> An der Ecke einer Leipziger Vorstadtstrasse befindet sich seit einigen Tagen ein kleiner Stand, an dem ein "unfehlbares Mittel" gegen Erkältungen jeglicher Art verkauft wird. "Jede Erkältung innerhalb einer Viertelstunde geheilt", steht auf der Flasche.

Neulich sitzt an dem Stande nicht der übliche Verkäufer, sondern seine Frau. "Wo ist denn Herr Hasenbein?" wird die Frau gefragt.

"Man Mann gann heude nich selber sein Geschäft besorjn. Der had sich ganz furcht bar ergälded und liegt im Bedde."

-----